

# Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich bei Haus Abgabe A mit Multipler Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.  
einzeljährlich Postbestellend. Preis der Einzelnummer 30 P.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen außer am Sonntag und Feiertagen. — Sprachstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.  
Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die  
Werbungsstelle aller Anzeigen 1.40 M. im Vorauszahl. — Für unendlich geführte, sowie durch  
Bezugsnehmer aufgegebenen Anzeigen können nur die Verantwortlichen für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

## Ein Wort zum Reichsschulgesetzentwurf (§ 146, 2 der Reichsverfassung)

Von Fritz Günther.

„In der Zeit schwerster Not, da dem deutschen Volke vom  
Heilbunde Forderungen aufgebürdet worden sind, die es nur  
grüßen kann, wenn es in unerschütterlicher Einigkeit und Ge-  
schlossenheit zusammensteht“, unterbreitet der Sächsische Lehr-  
verein durch seine Bezirksvereine der Bevölkerung einen Aufruf,  
„der die so notwendige Einheit aufs schärfste gefährdet. Un-  
frieden und Zwang heraufbeschwört und zum Untergang unserer  
Volkschule gereichen muß.“

Dieser Aufruf redet zwei Seiten lang von der Schlichtig-  
keit und Überbereitschaft des Entwurfes zu Paragraph 146, 2. Ab-  
satz. Nach langwierigen, schweren Verhandlungen kam das Wei-  
marer Schulkompromiß zustande, mit unendlicher Mühe ward eine  
Brücke gefunden, die über die Gegensätze hinwegführen soll und  
kann. Glaubt man denn in den Kreisen des „Deutschen Lehr-  
vereins“ (der „Sächsische“ ist eine Landesgruppe von ihm), daß  
man unter weltanschaulich zerklüfteter Volk in eine Schule ein-  
gehen kann? Der Aufruf gibt die Verschiebung der Weltanschau-  
ung zu, ohne aber einen entsprechenden toleranteren Standpunkt  
einzunehmen. Somit will diese Schule die nicht aus der Welt  
zu schaffenden Unterschiede beibehalten — daß unter der einen  
Schule nur die weltliche Religionslose gemeint ist, steht merk-  
würdigerweise nicht in dem Schriftstück — und damit ein Miß-  
verhältnis einzelner durcheinander geworfener Anschauungen neu  
erzeugen oder durch eine andere alle vorhandenen verdrängen. Ein  
konfessionell begründeter Unterricht ist in dieser Schule ausge-  
schlossen, weil sonst „die schon bestehende unheilvolle Zerklüftung  
unseres Volkes noch begünstigt wird.“ Daß ein solcher Unterricht  
den katholischen Grundrissen keine Rechnung trägt, braucht hier  
nicht ausgeführt zu werden. Kurzum wird so den Eltern das  
Recht genommen, die Kinder nach ihren Wünschen erziehen zu  
lassen.

Tatsache ist, daß unsere konfessionellen Schulen Deutschland  
groß gemacht haben. Tatsache ist, daß die deutsche Schule auch  
unsern Feinden Anerkennung abgetragen hat. Tatsache ist, daß  
mancher christliche Ausländer mit Stolz auf seine Erziehung in  
Deutschland zurückblickt. Unantastbar ist aber auch die Tatsache,  
daß die konfessionelle Schule den Gemeinschaftsgeist, das Bewußt-  
sein der Zusammengehörigkeit, des gegenseitigen Verbunden-  
seins zu einer Schicksalsgemeinschaft, der Mitverantwortlichkeit  
für das Gesamtvolk in hervorragender Art und Weise pflegt.  
Tatsache ist ferner, daß der katholische und evangelische Arbeiter,  
Beamte und Angestellte drüberblickt, Hand in Hand Gemeinschafts-  
arbeit leisten zum Segen des Volkes.

Christliche Eltern wollen und verlangen, daß ihre Heber-  
zeugung schon in den Herzen der Kinder grundgelegt wird. Daher  
suchen sie aus Achtung vor ihrer Weltanschauung eine Schule,  
die das den Kindern gibt und erhält, was das Elternhaus vor-  
bereitet hat und seinen Frieden erhält. Das sind gescheitete  
Elternrechte und nicht Rücksichten auf „die kleinen und großen  
Societätsmitglieder der Bekennnisse und Weltanschauungen“. Sofern  
der Staat keine woffensfreie, ökonomische Einrichtung ist, son-  
dern die Gemeinschaft aller seiner Glieder, muß er das ureigenste  
Privatrecht der Eltern schützen und — weil das Volk nicht gleich-  
mäßig ist, sondern sich durch eine Reihe selbständiger, geistlich  
und organisch anders gearteter Teile unterscheidet — damit ab-  
stimmen. Die Lösung „Ein Volk, eine Schule“ ist weiter nichts als  
— ein hohles Schlagwort. Für die „Zerfahrenheit in der Gegen-  
wart“ sollte man nicht die Schule verantwortlich machen. Dazu  
tragen aber mancherlei Aufrufe und Resolutionen bei.

Es trifft nicht zu, daß durch den Gesetzentwurf „nicht das  
Einige, sondern das Zweifelhafte Grundgesetz“ in unsern Stand-  
punkt präfigiert wurde: „Solange die Konfessionen ihre Ver-  
antwortlichkeit erweisen, ist der wahre und dauernde Friede der  
Jugendziehung nur herzustellen. Das jede Konfession bei sorg-  
fältiger Pflege ihrer Eigenart die positiven Lebenswerte ihres  
Bekennnisses verständlichvoll entwirft, auf die oder geistliche  
Potenz verachtet und die hohen gemeinsamen Ziele des Vater-  
landes und der Menschheit nie aus dem Auge verliert“. Das ist  
von jeder Zeitmotiv der katholischen Schule gewesen.

Die Schule soll, nicht wie dieser Aufruf es will, den Men-  
schen zu einem totlen, unselbständigen Wesen eines Mechanismus  
erziehen, das im Staatsganzen aufzugehen hat, eines schönen  
Programms halber. Kinder sind keine Schachfiguren. Deshalb  
ist die Schule als Erziehungsfaktor der Kinder wegen da, niemals  
darf sie die Aufgabe haben, eine Weltanschauung zu ertönen. Der  
Staat als Diener und Volkstretter des Volkswillens hat die Auf-  
gabe, das zu verhindern, er soll die körperlichen und geistigen  
Werte der Kinder, welche die Eltern seinen Schulen zu Tren-  
händen übergeben, wecken und fördern.

Alljährig werden eine ganze Reihe von Schulen möglich  
sein, nicht nur innerhalb eines Landes, nein, in jeder Gemeinde.“  
Dabei ist nicht beachtet, daß die Reichsverfassung die Gründung  
einer Schule vom „geordneten Schulbetrieb“ abhängig macht,  
daß also auch die genügende Anzahl Kinder vorhanden sein muß.  
Aufgabe einer gewissenhaften Gesetzgebung ist es nun, hier die  
rechten Grenzen festzusetzen. Nicht nur die Vernunftgabe der Schule  
muß berücksichtigt werden, sondern vor allem der so viel erhobene  
Auf nach Erziehung. Man möchte sagen, es ist ein bewusster Ver-  
stoß, die Leistungsfähigkeit der Schule aus der Zahl der Klassen zu  
bestimmen. Das Heil der Jugend — darüber sind sich weite  
Reiche klar — liegt nicht in der vielfachsten „Mammutschule“  
(Großschule), sondern jede Schule, die das Ziel erreicht, sittlich,  
konditionell, körperlich und geistig fähig, persönlich und be-  
wusstlich tüchtige Jugend zu erziehen, stellt einen geordneten Schul-  
betrieb dar. (Abg. Meißner in der Wö. W. 1921.) Wenn  
man jetzt aber auf einmal die weniggeübte Schule als „Er-  
ziehungsmittel“ absetzt, das wird im Volke richtig beurteilt. Das  
Sauptmoment ist eben doch: es ist eine Bekennerschule.

Der Aufruf negiert vollkommen die Gewissensfreiheit (Art.  
136 d. V. V.) und das den Eltern zugehörige Recht, mitzubestimmen  
am Charakter der Schule. Dieser Wille der Erziehungsberechtig-  
ten ist möglichst zu berücksichtigen (Art. 146, 2 d. V. V.). Der  
Friede des deutschen Volkes, namentlich des gläubigen, wird  
einer bedenklichen Belastungsprobe unterworfen. Er aber steht  
über wie technische Fragen. Bedauerlich ist, weil viele Leute mit

der Tendenz nicht einverstanden sind, daß in diesen Gemeinden der  
Aufruf angenommen wurde mit einem Protest an die Reichs-  
regierung.

Unser Aufruf heißt: „Reiches Recht für alle“. Das deutsche  
Volk wehrt sich gegen jede Diktatur. Grundsätzlich muß es den Ver-  
such des Deutschen Lehrvereins (natürlich auch der Gruppe des  
„Sächsischen“), einen Schulbureaucratismus anzukämpfen, ablehnen.  
Das gibt's nicht in einem Volksstaate, trotz der 0,5 Millionen  
Mark, die der Deutsche Lehrverein zur Bekämpfung dieses Ent-  
wurfes aufgewendet hat. Eine soziale Tat kann man das nicht  
nennen.

Die christlichen Volksträger werden sich auf keinen Fall die  
Konfessionsschule verkümmern lassen. Sie muß vollberechtigt und  
gleichwertig sein. Gewissensfreiheit und Elternrechte dürfen in  
einem demokratischen Staatswesen nicht veräußert werden, trotz  
Bürokratismus, trotz Sozialdemokratie, trotz der radikalen Lehr-  
schaft. Nur so ist der Schulfriede überrettbar. Möchten alle die  
Stunde richtig einschätzen und darnach handeln.

## Programmkritik

Die Veröffentlichung des Programms der Reichsbildungsso-  
zialistischen Partei Deutschlands im „Vorwärts“ hat naturgemäß  
die Kritik sowohl im eigenen Lager der Mehrheitssozialdemokratie  
als auch in dem der beiden linksdemokratischen Parteien hervor-  
gerufen. Der Abg. David hat sich dem Agrarprogramm gegen-  
über äußerst kritisch geäußert. Seine Angriffe richteten sich in  
erster Linie gegen die Grundforderung des Agrarprogramms:  
die „Vergesellschaftung von Grund und Boden“. Er verwies bei  
seiner Auseinandersetzung auf das Erfurter Programm. Dieses  
habe sogar bloß von der Verwindung des kapitalistischen Privat-  
eigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum  
gesprochen, die Enteignung des landwirtschaftlichen Kleinbesitzes  
hebe es jedoch mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Seine  
Einwendungen entspringen der Furcht, daß diese „Vergesellschaftung“  
Sphäre der Sozialdemokratie nur die Agitation unter der  
Bauernschaft erfordere und den Wegener eine wirksame pro-  
pagandistische Waffe in die Hand gebe. In gleicher Weise verhält  
sich David auch die Forderung, wonach die „allmähliche  
Überführung des Großgrundbesitzes in eine gesellschaftliche  
Betriebsform“ verlangt wird.

Nun hat auch der Chefredakteur des „Vorwärts“, Fried-  
rich Stampfer, sowohl zum Programm als auch zu den  
Ausführungen Davids Stellung genommen. Auch er ist in  
manchen Stellen mit dem neuen Entwurf durchaus nicht ein-  
verstanden. Vor allem bezeichnet er es als einen unzulässigen  
Fehler der Vorlage, daß er ein Mittelstück zwischen einem Be-  
kenntnisprogramm und einem Handbuch sei. Auf diese Weise  
sei dieser Entwurf bestenfalls als Rohmaterial für ein Partei-  
programm anzusehen. Er verweist in diesem sozialdemokrati-  
schen Programm vor allem die offene Erklärung und die Er-  
kenntnis, daß ohne einen Staat, der weitestgehenden So-  
zialismus überhaupt nicht möglich sei. Zum Sozialisierungs-  
programm sagt Stampfer folgendes: „Es ist richtig, die Ent-  
wicklung von Agrarwirtschaft auf kapitalistische Entwick-  
lungstendenzen zurückzuführen, dies zu prüfen, müßte einer  
besonderen Erörterung vorbehalten werden. Aber ganz und gar  
falsch ist es zu sagen, daß „diese unerschütterlichen Zustände“ durch  
die Heberführung der großen Wirtschaftskräfte in die sozia-  
listische Gemeinwirtschaft überwandeln werden können. Wenn  
wir heute Kohle, Eisen, Stahl und noch einiges andere „Reife“  
sozialisieren, glaubt denn wirklich jemand, daß damit „die un-  
erschütterlichen Zustände überwunden wären?“

Auch die „Freiheit“ hat sich nunmehr entschieden, in einem  
langen Leitartikel das sozialdemokratische Programm zu zer-  
legen. Es ist auch für einen Außenstehenden selbstverständ-  
lich, daß die Freiheit nun alles Mögliche getan hat, um diesen  
Programmentwurf mit einigen unfruchtlichen Landbemerkun-  
gen zu versehen. So nennt die Freiheit die Vorlage utopisch,  
höflich, konfus und spricht die Meinung aus, seine Annahme  
wäre vom Standpunkt der Gesamtbewegung schädlich, weil er  
die Arbeit innerhalb des Sozialismus vertritt. Sie nennt das  
ganze Programm einen unglücklichen Versuch. Diese Stellung-  
nahme des führenden Blattes der SPD verurteilt dieserhalb  
auch dem „Vorwärts“ einige Kopfschmerzen. Er setzt sich des-  
halb mit den Ausführungen des unabhängigen Organs vor allem  
in der Frage Diktatur und Demokratie aufs eingehendste aus-  
einander. Wir sind gespannt, wie sich diese hässlichen Aus-  
einandersetzen weiter entwickeln werden.

## Dr. Gradnauer über die innere Lage in Oberschlesien

Berlin, 22. Juli. Reichsminister des Innern Dr. Grad-  
nauer empfing gestern einen Mitarbeiter des „A. Z.“, dem er  
über die augenblickliche Lage in Oberschlesien, sowie  
über die nächsten Aufgaben des Reichsministeriums  
des Innern u. a. erklärte: „Ich teile die Auffassung  
des Reichsministers, die er einem amerikanischen Journalisten  
gegenüber über den Zusammenhang der Entscheidung der ober-  
schlesischen Frage und der Lage der Reichsregierung darlegte.  
Nur eine baldige Entscheidung kann großes Un-  
heil verhüten. An einem neuen Zustand der Polen aus  
eigener Kraft glaube ich nicht. Ein solcher Zustand könnte aus-  
brechen, wenn Frankreich ihn will und herbeiführt. Es muß be-  
wusstlich gewollt werden, daß die Deutschen in Oberschlesien Ruhe  
bewahren, damit nicht durch unüberlegte Handlung ein Vorwand  
für die französisch-polnischen Pläne geschaffen wird. Aus ober-  
schlesischen Kreisen wird mir vereinzelt Mitteilung gemacht, daß  
dort eine gegen die deutsche Regierung und Verfassung gerichtete  
Bewegung seitens der in der Auflösung begriffenen Selbst-  
schutzorganisationen bestehe. Reichs-Exekutiv müssen die Vorgänge  
aufmerksam verfolgt werden. Ich glaube aber, daß alle führenden  
Männer des Selbstschutzes keinen Anlaß zu einer Verfolgung  
geben. Es dürfte sich vielmehr um einige abenteuerliche Unter-  
führer handeln, die mit ihren Reuten im Lande umherziehen und  
das Gefahrenmoment bilden. Weder die Fragen seines Ressorts

erklärte der Minister, daß er im Herbst hoffe, den Gesetzentwurf  
zur Errichtung einer Reichskriminalpolizei dem Reichs-  
tag vorlegen zu können. Es handelt sich dabei um eine bessere  
Bekämpfung des Verbrechertums durch Errichtung einer Reichs-  
stelle, die in händiger Gemeinschaft mit den Landespolizeibehör-  
den arbeiten soll. Neben dieser Reichskriminalpolizei soll auch  
das jetzige Reichskommissariat für die Überwa-  
chung der öffentlichen Ordnung eine gezielte Grund-  
lage erhalten. Auf dem Gebiete des Verfassungswesens sei ein  
Gesetzentwurf zum Vortrage des Artikels 13 der Reichsverfassung  
fertiggestellt. In diesem Gesetz soll das Verfahren geregelt wer-  
den, durch das bei Veränderung von Landgebieten oder bei Neu-  
bildung von Ländern der Wille der Bevölkerung Berücksichtigung  
findet. Eingeleitet sei ferner die Reform der Gesetzgebung  
für die Reichsbeamten und die allgemeine Regelung des  
Beamtenrechts.

Als wichtigste Aufgabe betrachtet der Minister zunächst das  
Gebiet der Schul- und Kulturpolitik. Hier erwöhnt er das Ju-  
gendwohlfahrtsgesetz, dessen größter Teil im Reichstagsaus-  
schuß in erster Lesung bereits durch beraten ist. Sehr heiß umritten  
ist das Gesetz zur Ausführung des Artikels 146, Absatz 2 der  
Reichsverfassung, das gleichfalls dem Reichstags aus-  
schuß in zweiter Lesung auf dem Gebiete des Schulwesens hält der  
Minister für unheilbar, aber er verkennt nicht die großen  
Schwierigkeiten, hier größtmögliches Neues zu schaffen, da die  
Weltanschauungsfragen des deutschen Volkes und seiner Par-  
teien sehr weit auseinander gehen, wodurch auch die Schulfragen  
stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Von großer Tragweite  
ist auch der Gesetzentwurf über die Lehrerbildung, der  
aufolge der Schwierigkeiten unserer Finanzlage den ge-  
setzgebenden Körperschaften noch nicht vorgelegt werden konnte.  
Auch bezüglich der Berufungsschule liegt ein Vereten-  
tenentwurf fertig vor, der aber auch vorläufig an einer be-  
stimmten Forderung der Reformfrage ein Demosium findet. Zum Ver-  
seht des Reichsministeriums des Innern, das bekanntlich das  
umfangreichste Ministerium überhaupt ist, gehört dann auch noch  
die Frage des Gesundheitswesens. Hier verdient der  
Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten her-  
vorgehoben zu werden.

## Amerika und Oberschlesien

New York, 22. Juli. Die englische Anregung einer Ver-  
mittlung der Vereinigten Staaten in der ober-  
schlesischen Krise wird in Amerika ziemlich wohl aufgenommen.  
Eine Intervention der Bundesregierung würde nur dann erfolgen,  
wenn der europäische Friede unmittelbar bedroht wäre.

## Neue französische Truppen nach Oberschlesien unterwegs

London, 22. Juli. An autoritätvoller Stelle wird bekannt,  
daß Frankreich es nicht für gut befinden kann, das Ereignis des  
Wiederanschlusses von Oberschlesien über die Frage der Entsendung  
neuer Truppen nach Oberschlesien abzuwarten und daß sich eine  
französische Division bereits auf dem Wege nach Oberschlesien  
befindet. „Daily Chronicle“ teilt mit, daß in London die Entsendung  
weiterer französischer Truppen als nicht zuzulassen sei, um  
die Lage zu klären. Man sei vielmehr der Ansicht, daß dadurch die  
Polen zu weiteren Invasionen auf die Deutschen provoziert werden  
dürften. Es sei dann möglich, daß die Deutschen sich rächen und  
daß möglich wieder das ganze Volk in Waffen stände.  
Dann hätten die Franzosen wieder einen Vorwand, um mit einer  
neuen Verletzung des Völkerrechts ihren zu tun zu machen. — „Daily  
Chronicle“ behauptet, daß England zurück nicht seinen Soldaten  
entsenden und nach Oberschlesien gehen dürfe, um den Franzosen  
dort das Übergewicht zu halten, und hat, daß die polnische Kom-  
mission von Sachverständigen die oberste schlesische Frage in einer Weise wür-  
delosen können, da sie nur an den Dritten Platz zu berichten  
haben würden.

## Verordn. verläßt Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“)  
Breslau, 22. Juli. Die von privater Seite aus Opatow  
mitgeteilte wird, daß General Verard in der Nacht vom Donner-  
stag zum Freitag Oberschlesien verlassen. Er ist über Prag  
nach Paris gereist. Bekanntlich wurde bisher in der französisch-  
polnischen Grenze behauptet, daß sich Verard einer Operation unterziehen  
müßte oder daß er einen Urlaub antreten wolle.

## Keine französische Spitzel in der Sipo?

Berlin, 22. Juli. In der Sipo-Verordnung über das Vorhan-  
densen französischer Spitzel in der preussischen Sipo-Verordnung wird  
aufgeführt, daß die Nachweise für die Tätigkeit der Spitzel  
Saugspitze, die an die oberste schlesische Grenze schraubt worden war,  
nicht zutrifft. Im übrigen sind Erhebungen eingeleitet worden.

## Korfanis Paris Reise

(Eigener Drahtbericht der „Säch. Volkszeitung“)  
Rom, 22. Juli. Der Vizepräsident des „Popolo Romano“  
erfährt, Korfanis Paris Reise sei voller Abenteuer. Die französische  
Regierung verweigerte den Reisepaß, worauf  
Korfanis mit gefährlichem Ruhm auf dem Wege nach Paris reiste.  
Nach seinem ersten Aufstehen habe sich die Regierung aber be-  
reits, ihm den Mund zu stopfen.

## Französisch-polnischer Geheimvertrag

Berlin, 22. Juli. Anlässlich einer Vertreterversammlung in  
Breslau machte Dr. Kleinert auf demerregende Mitteilungen über  
das Zusammenarbeiten von Franzosen und Polen in Oberschlesien  
zur Vorbereitung eines vollen polnischen Aufstandes. Ein polnisch-  
französischer Aktionsauschuss sei am 10. Juli gebildet worden. Er  
habe die Aufgabe, die Franzosen dabei zu unterstützen, in allen  
Ortschaften polnische Ortsvereine zu gründen und sämtliche Wohl-  
verhaltensbehörden, sowie die Schulen- und Volkserziehungswesen  
zu überwachen. Ein polnischer Geheimbund mit dem Sitz  
in Opatow arbeite darauf hin, durch Terror die Massen aus-  
wanderung der Deutschen zu erzwingen.

Wie der Lokalanwalt Opatow meldet haben die französischen  
Kreiskontrolloren Bestimmungen erlassen, wonach der Begriff An-  
fänger nur auf Deutsche beschränkt wird, die an der  
Kampffront zur Abwehr des polnischen Aufstandes gestanden haben.  
Die ehemals polnischen Plogkommandanten, die sich während des  
Aufstandes die öffentliche Gewalt angeeignet hatten, seien nicht als  
Anführer zu bezeichnen. Die Kreiskontrolloren gewöhnen ihnen  
die weitere Ausbildung ihrer Amtsbeamten.

7. Seite  
P. Nr. 6  
B. Nr. 10  
C. Nr. 15  
D. Nr. 20  
E. Nr. 25  
F. Nr. 30  
G. Nr. 35  
H. Nr. 40  
I. Nr. 45  
J. Nr. 50  
K. Nr. 55  
L. Nr. 60  
M. Nr. 65  
N. Nr. 70  
O. Nr. 75  
P. Nr. 80  
Q. Nr. 85  
R. Nr. 90  
S. Nr. 95  
T. Nr. 100  
U. Nr. 105  
V. Nr. 110  
W. Nr. 115  
X. Nr. 120  
Y. Nr. 125  
Z. Nr. 130  
A. Nr. 135  
B. Nr. 140  
C. Nr. 145  
D. Nr. 150  
E. Nr. 155  
F. Nr. 160  
G. Nr. 165  
H. Nr. 170  
I. Nr. 175  
J. Nr. 180  
K. Nr. 185  
L. Nr. 190  
M. Nr. 195  
N. Nr. 200  
O. Nr. 205  
P. Nr. 210  
Q. Nr. 215  
R. Nr. 220  
S. Nr. 225  
T. Nr. 230  
U. Nr. 235  
V. Nr. 240  
W. Nr. 245  
X. Nr. 250  
Y. Nr. 255  
Z. Nr. 260  
A. Nr. 265  
B. Nr. 270  
C. Nr. 275  
D. Nr. 280  
E. Nr. 285  
F. Nr. 290  
G. Nr. 295  
H. Nr. 300  
I. Nr. 305  
J. Nr. 310  
K. Nr. 315  
L. Nr. 320  
M. Nr. 325  
N. Nr. 330  
O. Nr. 335  
P. Nr. 340  
Q. Nr. 345  
R. Nr. 350  
S. Nr. 355  
T. Nr. 360  
U. Nr. 365  
V. Nr. 370  
W. Nr. 375  
X. Nr. 380  
Y. Nr. 385  
Z. Nr. 390  
A. Nr. 395  
B. Nr. 400  
C. Nr. 405  
D. Nr. 410  
E. Nr. 415  
F. Nr. 420  
G. Nr. 425  
H. Nr. 430  
I. Nr. 435  
J. Nr. 440  
K. Nr. 445  
L. Nr. 450  
M. Nr. 455  
N. Nr. 460  
O. Nr. 465  
P. Nr. 470  
Q. Nr. 475  
R. Nr. 480  
S. Nr. 485  
T. Nr. 490  
U. Nr. 495  
V. Nr. 500  
W. Nr. 505  
X. Nr. 510  
Y. Nr. 515  
Z. Nr. 520  
A. Nr. 525  
B. Nr. 530  
C. Nr. 535  
D. Nr. 540  
E. Nr. 545  
F. Nr. 550  
G. Nr. 555  
H. Nr. 560  
I. Nr. 565  
J. Nr. 570  
K. Nr. 575  
L. Nr. 580  
M. Nr. 585  
N. Nr. 590  
O. Nr. 595  
P. Nr. 600  
Q. Nr. 605  
R. Nr. 610  
S. Nr. 615  
T. Nr. 620  
U. Nr. 625  
V. Nr. 630  
W. Nr. 635  
X. Nr. 640  
Y. Nr. 645  
Z. Nr. 650  
A. Nr. 655  
B. Nr. 660  
C. Nr. 665  
D. Nr. 670  
E. Nr. 675  
F. Nr. 680  
G. Nr. 685  
H. Nr. 690  
I. Nr. 695  
J. Nr. 700  
K. Nr. 705  
L. Nr. 710  
M. Nr. 715  
N. Nr. 720  
O. Nr. 725  
P. Nr. 730  
Q. Nr. 735  
R. Nr. 740  
S. Nr. 745  
T. Nr. 750  
U. Nr. 755  
V. Nr. 760  
W. Nr. 765  
X. Nr. 770  
Y. Nr. 775  
Z. Nr. 780  
A. Nr. 785  
B. Nr. 790  
C. Nr. 795  
D. Nr. 800  
E. Nr. 805  
F. Nr. 810  
G. Nr. 815  
H. Nr. 820  
I. Nr. 825  
J. Nr. 830  
K. Nr. 835  
L. Nr. 840  
M. Nr. 845  
N. Nr. 850  
O. Nr. 855  
P. Nr. 860  
Q. Nr. 865  
R. Nr. 870  
S. Nr. 875  
T. Nr. 880  
U. Nr. 885  
V. Nr. 890  
W. Nr. 895  
X. Nr. 900  
Y. Nr. 905  
Z. Nr. 910  
A. Nr. 915  
B. Nr. 920  
C. Nr. 925  
D. Nr. 930  
E. Nr. 935  
F. Nr. 940  
G. Nr. 945  
H. Nr. 950  
I. Nr. 955  
J. Nr. 960  
K. Nr. 965  
L. Nr. 970  
M. Nr. 975  
N. Nr. 980  
O. Nr. 985  
P. Nr. 990  
Q. Nr. 995  
R. Nr. 1000



Die Schif. Landwehr, in Breslau berichtet, daß ein unter Leitung eines französischen Hauptmanns stehendes französisch-polnisches Geheimplommando die Aufgabe habe, militärische deutschsprachige Personen in Oberösterreich verschwinden zu lassen.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Paris, 21. Juli. Der Daily Telegraph bezieht die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich als ernst. Der französische Botschafter hat den britischen Minister des Auswärtigen von neuem besucht und ihn formal mit dem Standpunkt der französischen Regierung bekannt gemacht.

Beirat für Reparationsfragen

Berlin, 22. Juli. Der beim Reichsministerium für Wiederaufbau bestehende Beirat für Reparationsfragen trat heute unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Rathenau zusammen. Die Tagung wurde durch längere vertrauliche Ausführungen des Reichsministers eingeleitet.

Ein amerikanischer Lebensmittelkredit

Newyork, 22. Juli. (Newer.) Ein Bankkonsort hat einen Kredit von neun Millionen Dollar für Getreideexportierungen nach Deutschland bewilligt.

Rußland und die Abrüstungskonferenz

Paris, 22. Juli. „Chicago Tribune“ berichtet aus London: Das Auswärtige Reich erklärt gestern eine lange Note des Kommissars der Sowjetregierung für Auswärtiges Tschiatscherin, worin darüber geklagt wird, daß Rußland nicht zur Teilnahme an der Washingtoner Abrüstungskonferenz aufgefordert worden ist.

Verzweifelte Lage in Rußland

Paris, 21. Juli. Der Korrespondent des „Echo de Paris“ berichtet, daß die Situation der russischen bolschewistischen Regierung verzweifelt sei. Um Armer und Städte zu ernähren, brauche die Regierung mindestens 400000 Rubel Getreide.

Russische Drohung gegen Vagern

Berlin, 22. Juli. Der russische Volkstummel Nikolai Prezentin hat wegen der Annahme des Volkskommissars Nikolai Prezentin von Vagern an den deutschen Vertreter in Moskau eine scharfe Protestnote gerichtet. In der Note wird die russische Regierung als eine unerbittliche Verletzung aller Normen und Gebräuche des internationalen Rechts bezeichnet.

Neue englische Großkampfschiffe

London, 22. Juli. In Verbindung auf eine Anfrage, ob die englische Regierung Bestellungen auf neue Großkampfschiffe machen werde, beantwortete der Admiral Lord Jellicoe die Frage, daß die Regierung die Bestellungen auf diese Schiffe zu erledigen hoffe, daß durch die Verhandlungen zwischen den Hauptmächten es möglich sein werde, den Waffenswettbewerb jetzt und in Zukunft zu vermeiden.

Dominieregierung für Irland

London, 22. Juli. „Daily Chronicle“ meldet zu den irischen Verhandlungen: Lord George hat Devalera sein Angebot gemacht, sondern erklärt, wenn Edb. und Nordirland auf konstitutionellem Wege, h. h. unter Leitung der durch das Home-Rule-Gesetz geschaffenen Organe das gleiche Ansehen stellen, werde die Regierung durch ein Abänderungsgesetz dem Norden wie dem Süden eine Dominieregierung nach Südafrikanischem Muster gewähren.

London, 22. Juli. Sir James Craig verließ heute nachmittag im Ministerkabinett eine Abschrift der von Lloyd George an Devalera gerichteten Vorlesung. Es erfolgte eine Aussprache. Ein Bericht wurde nicht erteilt.

Zum englisch-italienischen Orientabkommen

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Rom, 22. Juli. Die „Tribuna“ kommentiert die Pariser Nachricht von dem bevorstehenden Abschluß eines italienisch-englischen Orientabkommens. Die Verhandlungen des Ministers beschränken sich darauf, England wissen zu lassen, daß Italien über die Niederlagen niemals seine Kräfte oceanische, zumal die Niederlagen hoffentlich dazu beitragen würden, die Antragsigent der Angoraregierung zu mäßigen.

Japanische Rüstungen

London, 22. Juli. Das Londoner radikale Blatt „Daily Herald“ teilt über die japanischen Rüstungen mit, daß Japan im laufenden Jahre 284 Millionen Pfund Sterling für Meer und Marine vermerde, davon 99 Millionen Pfund für die Marine. Das sind 7,5 Millionen Pfund mehr als im letzten Jahre.

Keine Verhaftung Vajigs

Kopenhagen, 22. Juli. In den Verichten über eine Verhaftung des Kapitäns Vajig in Kopenhagen, ist es zu bemerken, wie Rigas Bureau mitteilt, sowohl die betreffende dänische Polizei wie die deutsche Staatspolizei fest, daß die Verichte jeder Grundlage entbehren.

Paris, 22. Juli. Daily Telegraph hat gestern mitgeteilt, daß die Unterredung zwischen dem belgischen Finanzminister Theunis und dem englischen Schatzkanzler Sir Robert Horne sich nicht nur auf den belgischen Prioritätsanspruch auf die deutschen Reparationszahlungen, sondern auch auf das Vorrecht Englands auf Ertrag seiner Verarbeitungslosten bezogen haben sollen.

Strafentliche Verfolgung Freundorfers (Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) München, 21. Juli. Im Falle Freundorfers ist jetzt auf Grund der gerichtlichen Untersuchung das Strafrechtliche Verfahren gegen den ehemaligen bayerischen Verkehrsminister eröffnet worden. Es handelt sich um den Vertritt von falschen Angaben einiger Mäntzer.

Schwere Erkrankung des Staatssekretärs a. D. Trimborn

Berlin, 23. Juli. Staatssekretär a. D. Trimborn ist schwer erkrankt und hat sich am letzten Mittwoch in Bonn einer Operation unterziehen müssen, deren zufolge eine Herzschwäche eingetreten ist, so daß der Zustand des Patienten ernst ist.

Rücktritt des thüringischen Innenministers

Weimar, 22. Juli. Wie die Blätter melden, erklärte in der heutigen Sitzung des thüringischen Landtages der Minister von Brandenstein, daß er infolge der Ereignisse im Falle Mäntzer-Brandenburg von seinem Amte zurücktreten werde.

Verleumdung des Reichspräsidenten zum Tode Franz Hies

Der Reichspräsident Ebert hat der Familie des verstorbenen Prof. Dr. Hies folgende Verleumdung telegraphisch gemeldet: „Nachlässig des Hinrichtens Hies Herr Bruder wurde ich Ihnen meine aufrichtige Teilnahme aus. Der von mir hochgeschätzte Verstorbene hat in unermüdetem, bahnbrechendem Wirken sein Leben der Arbeit auf sozialpolitischen Gebiete gewidmet und sich hier bleibende Verdienste erworben.“

Keine Tarifierhöhung bei der Eisenbahn

Berlin, 22. Juli. Die Eisenbahn wird immer wieder durch Gerüchte über bevorstehende Tarifierhöhungen bei der Eisenbahn demunnt. Demgegenüber wird amtlich festgestellt, daß im Reichsverkehrsministerium eine Erhöhung der Tarife im Personen- oder Güterverkehr zurzeit nicht erwogen wird.

Die Reichsbekleidungsämter

Das Ultimatum der Entente fordert u. a. die Übernahme der gesamten Verwaltung des Heeres und der Marine durch das Reichswehrministerium. Infolge dessen sind auch einige Reichsbekleidungsämter, die bisher dem Reichswehrministerium unterstanden, zum Reichswehrministerium zurückgekehrt. Da die Verhandlungen mit der Entente über die zuständige Zahl des gesamten Verwaltungspersonals — Beamte und Arbeiter — noch nicht abgeschlossen sind, und die Umstellung der Beamten, die bisher auch Bekleidungsämtern, Zeit erforderte, mußte dem Personal, soweit es nicht zur Sicherung der Bewachung der Bestände und zur Fortführung der Verwaltungsarbeiten unbedingt nötig ist, zunächst gekündigt und der Betrieb stillgelegt werden.

Nachrichten aus Sachsen

Zum Fall Düssel

Auf den Artikel des Ministers Dipinski, den wir im August vor kurzem veröffentlichten, hat Ministerialrat Dr. Woelfel jetzt folgende Entgegnung gebracht: Auf meinen offenen Brief hat Herr Minister Dipinski einen Artikel „Der Anspruch der höheren Staatsbeamten auf Anteil an der Regierungsgewalt“ veröffentlicht. Auch sonst haben sich — wie zu erwarten war — in einem Teile der Presse Stimmen gegen meinen Brief erhoben.

Es wird nicht gelingen, einen Keil zwischen die Beamten zu treiben. Die gemeinsame Abwehr wird uns um so enger zusammenrücken, desto mehr ich weiß. Herr Minister Dipinski spricht in seinem Artikel nur von den „höheren Staatsbeamten“. Die Schritte, die in der Sache getan worden sind, hat aber der Bund Sächsischer Staatsbeamten (BSS) unternommen, also die Beamtenvereinigungen, in der fast alle sächsischen Beamten zusammengeschlossen sind, und zwar Beamte aller Gruppen. Die Frage, die gelöst werden muß, ist ja auch eine Lebensfrage des ganzen Beamtentums. Sie geht nicht nur die höheren Beamten an, sondern — wie Fälle der jüngsten Vergangenheit beweisen — ebenso die anderen Gruppen, insbesondere die mittleren Beamten.

Die Beamten haben niemals Anspruch auf Anteil an der Regierungsgewalt erhoben. Die Gewerkschaft hat vielmehr nur das verlangt, was der Amtsbürger des Herrn Ministers Dipinski zugesagt hatte, nämlich: daß vor Abweichungen von Erfordernisse der Sachausbildung — ich bitte, auf die Worte zu achten — eine Verständigung mit der Beamtenvereinigungen gesucht werde. Wie kann darin der Anspruch auf Mitbestimmung an der Staatsgewalt erblickt werden? Die Zusage ist in den von Herrn Dipinski veröffentlichten Vorschlägen des Herrn Ministers Dipinski enthalten, die dieser — nach einer gemeinsamen Verhandlung mit der Beamtenvereinigungen und einigen Abgeordneten der damaligen Reichstagsparteien — als Grundlage für die Lösung des Problems der „Demokratisierung“ herausgegeben hatte. Sie stellt also zweifellos das Mindeste dar, was die Regierung einzuräumen gewillt war.

Herr Minister Dipinski hat diese Grundlage gerückt. Er will keine Verständigung. Er hat es abgelehnt, die Angelegenheit weiter zu verfolgen, so daß sich das Beamtentum, worüber nach den Zusammenhängen kein Zweifel sein kann, der Parteipolitik ausgeliefert sieht. Das ist der Wunsch des Herrn Ministers gegen die Beamten, der zum Abwecheln zwingt, wenn wir uns nicht unsere geistige Freiheit und die Würde unserer Persönlichkeit rauben lassen wollen. Ich habe meinen Brief nicht als Vertreter der Beamtenvereinigungen geschrieben und schreibe auch heute nicht in solcher Eigenschaft. Aber das eine darf ich sagen: Man weiß, was großer Einfluß der Arbeitervereinigungen auf die Parteienverhältnisse ihrer Angehörigen und darüber hinaus auf das öffentliche Leben eingewirkt ist. Wie muß es um Beamte verhalten, wenn unserer Gewerkschaft in einer Frage, die uns im höchsten Maße trifft, auch nur der Versuch einer Verständigung verweigert wird? Wenn auf der anderen Seite dagegen der Herr Minister den Organisationen seiner Partei einen Einfluß auf Beamtenvereinigungen erlaubt, wie wir ihn selbst nie fordern würden. Der Herr Minister hat nach dem Verichte in Nr. 162 der „Dressener Unabhängigen Volkszeitung“ auf der Landesversammlung der NSP-Sachsen in Leipzig am 17. Juli 1921 seinen Parteigenossen erklärt: „Ich habe nicht einen einzigen Voten abgelehnt, ohne mich vorher mit der Organisation in Verbindung zu setzen.“

Die erste Sitzung des Beirats der Sächsischen Staatsbank

Am Donnerstag trat der Beirat der Sächsischen Staatsbank zu seiner ersten Sitzung zusammen, die von dem von der Regierung zum Kommissar der Staatsbank ernannten Ministerialdirektor Dr. Debrich geleitet wurde. Zunächst wurde der engere Ausschuss gewählt, und zwar die Herren Landtagsabgeordneter Kommerzienrat Winkwig, Dresden, Kommerzienrat Köpfer, Dresden und Bankdirektor Dr. Hies, Leipzig, als Mitglieder und die Herren Landtagsabgeordneter Kommerzienrat Hofmann, Dresden, Sozialrat Dr. Kluge, Dresden und Direktor des Landesbankrates Hofrat Dr. Schöne, Dresden, als Stellvertreter. Die Wahlen erfolgten einstimmig, ebenso wurden die Wahlvorschlüsse für die Direktorialmitglieder einstimmig aufgestellt. Die Wahl der Direktorialmitglieder selbst hat das Finanzministerium vorzunehmen. Einen großen Teil der fünfjährigen Sitzung nahm die Beratung des Entwurfes einer Geschäftsordnung für die verschiedenen Organe der Bank und die Festlegung des Geschäftskreislaufes in Anspruch. Die Organe der Bank sind in der Geschäftsordnung geregelt in a) das Direktorium, b) die Wiederbestimmungen, c) der Beirat, d) den engeren Ausschuss und e) die juristische Bankbehörde. Ein wesentlicher Punkt der Geschäftsordnung beschäftigt die Staatsaufsicht durch Finanzministerium und den Staatskommissar. Weiter wurde noch der Jahresabschluss mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung von 1920 eingesehen und dem Beirat vorgelegt. In Anbetracht der Zweigstelle der Staatsbank in Dresden sind die Zweigstellen nur in Leipzig und Potsdam.

Zur Aufhebung der Judenzwangsverwaltung. In der am 8. d. M. in Stuttgart abgehaltenen Konferenz der Ernährungsminister, die wie alle derzeitigen Konferenzen nur vorberatenden Charakter getragen hat, haben diese in der Mehrheit beschlossen die Aufhebung der Judenzwangsverwaltung mit dem 1. Oktober d. J. anzusetzen. Der Eintritt der freien Wirtschaft mit diesem Tage steht damit aber keineswegs noch fest. Vielmehr wird vielmehr die Reichsregierung noch endgültige Entscheidung zu fassen haben. Insbesondere wird sich wohl der Erlaß gewisser Lieferungsbestimmungen erforderlich machen. Ebenfalls werden die bisherigen Bestimmungen über den Verkehr mit Jüden (Verbot des Verkaufs und Erwerbs von Jüden ohne Marken usw.) in vollem Umfange in Gültigkeit zu bleiben, solange die Judenzwangsverwaltung noch besteht. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn Händler oder Verbraucher deswegen, weil die Judenzwangsverwaltung ihrem Ende entgegengeht, glauben wollten, daß sie sich über diese Bestimmungen hinwegsetzen könnten und daß die Behörden über Zwischverhandlungen hinweggehen würden. Die strenge Durchführung der bestehenden Bestimmungen, bis der Handel vollkommen freigegeben ist, ist unbedingt erforderlich, um die Weiterverfolgung der Bevölkerung mit Jüden bis dahin zu gewährleisten.

Kommunistische Mauerung. Der „Sächsische Arbeiter“ enthält folgende interessante Notiz: Vor einigen Monaten hat ein kommunistischer Stadtverordneter sein Mandat niedergelegt, weil er aus der Partei ausgeschlossen ist. Bestimmungsgemäß sollte daraufhin der nächste in der Wahlliste stehende an seinen Platz treten, in dem letzten dieser Erbkammern — abgesehen eine Frau — die Annahme des Ehrenamtes mit der Begründung ab, nicht mehr zur kommunistischen Partei gehören. Nunmehr blieb nichts weiter übrig, als den nächsten Erbkammern

Fragmente von anderen Seiten des Blattes, teilweise abgeschnitten.







Fortsetzung meines

# Saison - Ausverkaufs

in allen Abteilungen zu den bekannten außerordentlich herabgesetzten Preisen

# SCHLESINGER DRESDEN - A.

König-Johann-Straße 6-8

## Vereins- und Partei-Anzeiger

### Kreuzbündnis Dresden.

Sonntag den 24. Juli

### Heide-Wanderung

gemeinsam mit der Riesaer Gruppe.  
Treffpunkt nachmittags 1/2 8 Uhr Albertplatz.

Dienstag den 26. Juli

### Wander-Abend nach dem Fischhaus.

Treffpunkt 7 und 1/8 Uhr Waldschlösschen.  
Rege Beteiligung aller Gruppen erwünscht.

### Mütterverein (Hofkirche) Dresden.

Die Versammlung des Müttervereins (Hofkirche) findet  
Dienstag den 26. d. M. abends 1/8 Uhr im kath. Gesellen-  
saule, Rauscherstraße 4, Erdgesch., statt.

### Kath. Bürgerverein zu Dresden.

Sonntag den 24. Juli

### Ausflug

nach dem Gasthof „Reichs-  
schmied“ in Wölfnitz.  
Dasselbst geselliges Beisammensein.

Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand

### Kath. kaufm. Verein „Columbus“ Dresden.

Sonntag den 24. Juli

### Tages-Wanderung

durch das historische Seltendorfer Tal.

Abfahrt: Hauptbahnhof 9 Uhr, Wettiner Bahnhof 9<sup>15</sup> Uhr,  
Neustädter Bahnhof 9<sup>30</sup> Uhr. Fahrkarten lösen bis Langbrück.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

### Kathol. Arbeiter-Verein — Kathol. Jünglings-Verein

Dresden-Johannstadt.

Sonntag den 24. Juli 1921 im „Kurhaus“,  
Klein-Zschachwitz

## SOMMERFEST

Gartenkonzert, Vogel- und Büchsen-  
schießen, Pfefferkuchen-Verlosung,  
Kinderbelustigung aller Art und Tanz

Beginn 3 Uhr. Eintritt 50 Pt.

Alle Gemeindemitglieder, Freunde und  
Gönner sind herzlichst hierzu eingeladen.

### Leipzig. Kreuzbündnis, Verein abstinenten Katholiken.

Sonntag den 24. Juli abends 8 Uhr

Versammlung der Ortsgruppe St. Trinitatis im Gesellen-  
saule, Biesenstraße 28.

### Täglich: Der echte Tymian-Spielplan!!!!

**Tymians** Thalia-Anfang  
Theater Theater 1/8 Uhr  
Auslandsfilmier! Kriegsgewinnler! Zwei neue Tymian-  
Schlager! Original! Original!  
Sonntags zwei Vorstellungen: 1/2 4 und 1/2 8 Uhr 1940

### Grabdenkmäler

Kreuze, Platten etc.  
in allen Steinarten. Erneuerungen alter  
Denkmäler.

Gebrüder Ziegler, Bildhauer  
Dresden, Friedrichstraße 64.

Christuskörper  
aus Galvanobronze in jeder Größe.

Heidelbeeren  
Preißelbeeren  
Aprikosen  
Tomaten

---

Bohnen  
Gemüse  
Pilze

---

Fruchtsäfte

---

Gurken

**Einkoch-  
Apparate  
Gläser**

Saftgewinner  
Einlegetöpfe

**Gebr. Eberstein**  
Dresden, Allmarkt 7

**Dampf-  
Einbade-  
Apparate**

**Bade Duplex<sup>®</sup>**

**Konserven-  
Gläser**

Beste rote Summiringe

**Hugo Lehmann**  
Porzellan, Steingut, Glas- u. Wirtschaftswaren  
Dresden-A. Nicolaistraße  
Bitte beachten Sie meine 3 Schaufenster

Welteres solides  
**Hausmädchen**  
mit Kochkenntnissen  
sucht  
**Frau Marie Wölfe**,  
Bauzen, Holzmarkt 13, I.

**Kath. Töchterheim Frohsinn**  
Haus I. Ranges  
Junge Mädchen finden liebe-  
volle familiäre Aufnahme zur  
gründlichen Erlernung des  
Haushaltes, Fortbildung in  
Wissenschaft, Musik, Hand-  
und Kunstarbeit, Schneidern,  
gesell. Formen und Erholung.  
Beste Referenzen. Prospekt  
gegen Einsendung von Porto.

**Maria Stadler**,  
Hildesheim, Humboldtstraße 6

**Bürsten + Besen  
Pinsel, Kämmen usw.**  
**J. Rappell, Dresden-N.**  
Obergraben 3, Kamenzer  
Straße 22, Ammonstraße 27  
(Lonneck Nachf.)

**Max Schacke**  
Dresden, Nicolaistr. 30, II.  
**Seelische  
Behandlung**  
Spezialbehandlung  
bei Nerven- und  
Gemütszuständen  
Fernspr. 34570. Sprechzeit  
9-12 vorm., 4-6 nachm.

**Wer leiht**  
jungem solidem Kaufmann zum  
Einkauf von Waren  
**ca. 5-7000 M.**  
auf ca. 1/4 bis 1/2 Jahr.  
Bef. Angebote unter „P. 3. 358“  
an die Geschäftsstelle d. Zf. Nr.

**Kurhaus Rochwitz**  
Besitzer: Gustav Manick  
Idyll im Walde gelegen,  
empfiehlt allen Vereinen  
seinen herrlichen Garten,  
große Veranden u. Asphalt-  
kegelbahn

**Sidonien-Hospiz**  
für stud. und durchreis. Damen.  
Dresden-A., Perlhausstraße 12, II. Fernr. 12635

**Rasiererklingen**  
schleift in 24 Std.  
St. 15 A, Ras.-Mess.-Masch.  
Scheren pp. schnell u. bil.  
Elektr. Kuns.-Schleiferei zu  
Dresden-A., Grunauer Str. 2

**Metallbetten**  
Stahlmatratzen, Kinderbetten  
direkt an Private. Kost. 0 Pf.  
Eisenmöbelfabrik, Suhl (Thür.)

**Kaufen Sie nur**  
bei den Firmen, die in  
der **Sächsischen  
Volkszeitung in-  
serieren**. Nehmen  
Sie stets auf die Anzeigen  
in der  
**Sächsischen Volkszeitung**  
Bezug.

# Sommer- Ausverkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Wachstoffe	70—80 cm breit	Mk. 12.—	14.—	17.—
Wachstoffe	100—120 "	" 20.—	25.—	32.—
Dirndstoffe	70—80 "	" 14.—	18.—	22.—
Blusenstoffe	70—80 "	" 15.—	21.—	28.—
Kinderkaros	90—100 "	" 19.—	22.—	28.—
Wollstoffe	90—100 "	" 29.—	35.—	55.—
Kostümstoffe	130—140 "	" 50.—	70.—	95.—
Seidenstoffe		" 39.—	46.—	55.—
Wollmusseline	70—80 "	" 35.—	45.—	55.—
Herrenstoffe	140—150 "	" 70.—	90.—	120.—
Mantelstoffe	130—140 "	" 75.—	95.—	110.—

**B. Hepke** DRESDEN  
Seestraße 10







ke mit Geiseln wieder zur Rückkehr. Im Jahre 1613 erließen wiederum eine Gefandnamt, diesmal im Namen des Kaisers von China, Pao Ma-mo, um Paul V. zu habilitieren; die auf Seite gewaltigen Arzte sind in der vatikanischen Bibliothek aufgestellt. Dann folgte die Zeit der blutigen Verfolgung, die japanische Kirche in den besten Beziehungen anzugehen und erst die neueste Zeit stellte wieder Beziehungen zwischen Tokio und dem Vatikan her. Bis X. landte den Erzbischof O'Connell, heute Kardinal, als außerordentlichen Gesandten nach Japan und vor drei Jahren erschien in gleicher Eigenschaft zur Thronbesteigung des neuen Mikado Mutsuhito, apostolischer Nuntius auf den Philippinen. Papst Benedikt XV. wandte sich im Jahre 1915 auch direkt an den Kaiser von Japan, um den Gefangenenaustausch herbeizuführen. Vor zwei Jahren erreichte der heilige Stuhl sodann die apostolische Delegation in Tokio, die jedoch nicht diplomatischen Charakter besitzt. Ihr Leiter, Mons. Amatori-Piccoli, ist im letzten Konsistorium zum Sekretär der Kongregation der Propaganda ernannt worden. Dies ist der historische Hintergrund, auf dem sich das Ereignis vom vorigen Freitag vollzog.

Der Kronprinz Hiro Hito trat am Donnerstagabend offiziell vor seinem Geheuer, dem König von Italien, verabschiedet, nachdem er nachmittags noch die Katakomben von San Callisto besucht hatte. Vom Tage der japanischen Postkarte aus fuhr er Freitag nachmittags mit seiner Begleitung in mehreren Kraftwagen nach dem Vatikan, der natürlich an diesem Tage für Besucher gesperrt war. Im Vatikanhof hatten sich eine Abteilung Kaiserliche und päpstliche Gendarmen mit Pistolen und Rohre aufgestellt und als die Wagen einfuhren, begann die Musik die japanische Nationalhymne zu spielen. Dem ersten Wagen entstieg als erster der kaiserliche Prinz, dann sein Onkel, Prinz Kanin, und die übrigen Herren, darunter auch der bekannte Vintenschiffkapitän Yamamoto, der schon wiederholt als Unterhändler zwischen Vatikan und Tokio tätig war. Am Fuße der Fürstentreppe erfolgte die erste Begrüßung durch päpstliche Soldaten. Am Absteige des ersten Stuhlwagens erwartete die Hälfte der Majordomus Sr. Heiligkeit, Mgr. Sang de Saupier, mit Gefolge und nach neuer Begrüßung und Vorstellung begibt sich der kleine schillernde Zug dem sechs Seebarric und vier Fußsoldaten in Gala bedeckten, flankiert von Schweizergarnisonen in Stahlharnisch und Stahlhelmen hinauf zur Sala Clementina und durch die verschiedenen Vestibüle zur Anticamera, den Porzellanräumen des Papstes. Dort angelangt, empfängt der diensttunende Geheimkammer des Papstes die Hälfte und meldet sie seinem hohen Herrn an. Kurz darauf erhebt er wieder und läßt die beiden kaiserlichen Prinzen ein, ihm zum Papste zu folgen, der sie bereits auf der Schwelle seines Gemaches empfängt. Mit einer neuen Begrüßung drückt der Kronprinz dem Heiligen Vater herzlich die Hand, dann schließt sich die Tür, bewacht von den Hofgarabiten, die wie alle Corps heute höchste Gala tragen. Nach circa zwanzig Minuten klingelt der Papst, der Reich, daß die Unterredung beendet ist und nun wird das Gefolge eingeführt und dem Papste vorgestellt, der jeden der Herren durch einige herzliche Worte willkommen heißt. Dann verabschiedet man sich um eine Treppe tiefer dem Staatssekretär Sr. Heiligkeit Kardinal Gasparri einen Besuch abzustatten. Vorher jedoch legen sich die Japaner im Konsistorialsaal die auf einem Tische ausgelegten, ihnen vom Papste verliehenen Auszeichnungen an, während auf einem zweiten Tische die für den päpstlichen Hof bestimmten Orden bereit gelegt sind und von denen entgegengenommen werden, denen sie bestimmt sind. Im Verlaufe des Kardinals hat der Personal der Staatssekretarie, sowie die japanischen Theologen der Propaganda, im Thronsaal vor dem Kronprinzen schon das beim Heiligen Stuhle beliebteste diplomatische Corps vorgestellt. Danach ist die eigentliche Audienz beendet, der unter Führung Maruchis nach einer flüchtigen Besuch der Venerabilis folgte. Am gleichen Abend noch macht Kardinal Gasparri auf der japanischen Botschaft im Namen des Papstes den Gegenbesuch.

Am nächsten Morgen erweist die kaiserliche Hofheit von neuem in St. Peter, um das einzigartige Gotteshaus einsehend zu besichtigen und die vatikanischen Sammlungen, die Museen und Bildergalerien unter fachkundiger Führung zu besuchen, welchem Zwecke auch noch der ganze Nachmittag gewidmet ist. Nun liegt dieser Besuch hinter uns. Wir Katholiken blicken ihr mit Vergnügen als eine Guldigung gegenüber dem Oberhaupt unserer Kirche; daher betrachten wir sie als eine Anerkennung der katholischen Kirche. Fr. Ritter von Lama.

Hotel Fürstenhof • Leipzig  
Alle Zimmer mit Kalt- u. Warmwasser  
30 Bäder - Preise mäßig - Konferenzsäle

### Der Stadtverordnetenvorsteher von Gleiwitz vor dem französischen Kriegsgericht

Rechtsanwalt Raffante hat am 7. Juli in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gleiwitz in seiner Eigenschaft als Stadtverordnetenvorsteher eine Ansprache gehalten, die in den Gleiwitzer Zeitungen zum größten Teil durch die Zensur gestrichen worden ist. Der Kommandant der französischen 48. Division hat als Kommandant des Belagerungszustandes jetzt dem Rechtsanwalt Raffante, welcher dem Zentrum angehört, eine Anklage wegen seiner Angriffe gegen die Interalliierte Kommission und wegen beleidigender Vorwürfe gegenüber den französischen Truppen gestellt, und ihm angekündigt, daß er demnach vor das außerordentliche Kriegsgericht in Gleiwitz zitiert werden würde. Die Gleiwitzer Stadtverordnetenversammlung hat dagegen bereits energig Protest eingelegt.

Die deutsche Bevölkerung ist empört wegen dieses ungerechten Eingreifens des französischen Militärismus. Es bedeutet nichts anderes, als ein willkürliches Mundtotmachen des Deutschtums, das man seiner Führerschaft berauben will.

Die „Schlesische Volkszeitung“ ist in der Lage, im folgenden die Ansprache des Gleiwitzer Stadtverordnetenvorstandes ausführlich zu bringen. Sie lautet:

„Die Interalliierte Kommission hat den polnischen Zustand in Oberschlesien wenigstens formell liquidiert.“

Das äußere Bild der Belagerung von Gleiwitz unwürdig für die Besatzungsstruppen der Interalliierten Kommission, ist endlich beseitigt. Die Bevölkerung der Stadt hat Unglaubliches während der langen Wochen ertragen müssen. Draußen der polnische Injurgent und im Innern ein streng durchgeführter Belagerungszustand, erlassen sowohl für Stadt wie für Land, aber ohne jegliche Wirkung auf dem Lande, wo Injurgenten ungehindert hausieren durften. Solche Zustände stellen hohe Anforderungen an die Herzen des einzelnen und an die der Gesamtheit, vor allem dann, wenn das Ende der Leidenszeit nicht abzusehen ist.

Trauriger, viel trauriger war das Los der Deutschgesinnten während der Leidenswochen auf dem Lande. Das dort ertragen werden ist, und was dort an Anstalten, Grausamkeiten und Gemeinheiten von polnischer Seite verübt worden ist, ist unbeschreiblich. Berichte, die in deutschen Zeitungen herüber geschickten sind, geben nicht im entferntesten die Dinge, wie sie sich ereignet haben, wieder. Daß die Dinge viel, viel ärger sind, darüber sollten sich alle Deutschen, die sich mit dem Aufstand und seinen Folgen beschäftigen, klar sein.

Am 1. Juli 1921 hat die Interalliierte Kommission einen Aufruf an die ober-schlesische Bevölkerung erlassen, mit dem sie von der ober-schlesischen Bevölkerung Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit der Ententeemächte fordert.

Vertrauen nach den Befehlshabern von 1871? — Ob wir's noch erfüllen können? In mir ist 1921 Märchen von Vertrauen erloschen. Die Vertreter der Ententeemächte, die Interalliierte Kommission in Appeln, muß sich dieses erst erwerben. Was wir in jüngster Zeit nach jenem Aufruf allein in unserer nächsten Umgebung beobachtet haben, ist nicht geeignet, in uns dieses Vertrauen wach zu rufen. Oder können wir Vertrauen haben, wenn ein Kapitän Jeunot in Ost den Bürgermeister von Korfantus Graben Wolobowski nach der Klärung der betreffenden Zone bestätigt und dazu noch den deutschen Polizeikommissar Bergmann gewissermaßen als Mitbürgermeister einsetzt?

Das uns nicht die Interalliierte Kommission die Herstellung des früheren Zustandes verspricht? Und können wir Vertrauen haben, wenn nach wie vor in Gleiwitz, wo kein Aufruf gemacht worden ist, nach Waffen gesucht, auf dem Lande aber die Injurgenten weiter ihre Unwesen treiben können. Daß wir heute keinen Eingeloffen anfängen, weil es zu weit führen würde. Ich habe aber mit Beweis material der Interalliierten Kommission zur Verfügung.

Oder können wir Vertrauen haben, wenn die Kommission eine Wunde erlährt, die alle diejenigen straflos aufgehen läßt, die den Aufstand geleitet haben, während die dreizehn Klassen der Aufständischen, die sich, ausgestachelt durch die Führer, an Gewaltthatigkeiten gegen Leib oder Leben des Nächsten hinsetzen ließen, der Strafe verfallen. Das war keine Regierungskunst, hohe Interalliierte Kommission!

Das Volk wird früher oder später doch einsehen, wozu es mißbraucht wird, und ein Teil der bisher polnisch orientierten Bevölkerung scheint nach den Feststellungen, die ich treffen konnte, in der Tat bereits bereit zu sein, befehrt auch durch die kritischen Steuererhebungen. Vor der Abstimmung sollte es ja angeblich keine Steuern geben. Ich rate der Interalliierten Kommission jetzt zu einer neuen Abstimmung.

Und schließlich sollen wir Vertrauen zu der Bildung der Gemeindevachen auf dem Lande haben. Es ist möglich, daß man in den Städten von Gemeindevachen abläßt. Wir fordern hier in der Stadt mit gutem Recht für uns. Die notwendige Belagerung hat gezeigt, daß wir eine Wache brauchen. Injurgenten sollen in die Wache nicht eingestellt werden. Die Praxis zeigt bereits, daß überall Injurgenten aus den polnisch orientierten Gemeindevorstellern eingestellt wurden. Die Gemeindevorsteher entscheiden nach den bestehenden Anordnungen darüber, ob der Kandidat die geforderten Qualitäten besitzt, Gemeindevorsteher, die selbst den Aufstand mitgemacht und vielfach sogar geleitet haben. Wir müssen mit Entschiedenheit verlangen, daß die Aufstellung der Gemeindevachen in anderer Weise gehandhabt wird.

In der jetzigen Form ist die Bildung der Gemeindevachen in Wirklichkeit die Aufstellung von Injurgentenformationen unter Aufsicht der Interalliierten Kommission. Diese Anordnungen bedeuten eine neue Gefahr für das Land und damit eine erneute Gefahr für die Stadt. Zu solcher Regierungstätigkeit können wir kein Vertrauen haben.

Ich bedauere die Tötung des französischen Majors in Weuthen. Daß ein Deutscher der Täter war, ist nicht erwiesen. Die Interalliierte Kommission hat bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß sie durchaus in der Lage ist, Unruhen niederzudrücken. Sie sperrte angesehene Bürger und den Magistrat ins Gefängnis.

Meine Damen und Herren! Haben Sie gehört, daß während des Aufstandes die polnischen Führer in den deutschen Städten als Geiseln von der Interalliierten Kommission festgenommen wurden? Sollen wir dann Vertrauen haben!

Die große Welle der Interalliierten Kommission in ihrem Aufruf vom 1. Juli 1921 kann auf uns keinen Eindruck machen. Wir wollen jetzt kein Theater mehr, sondern ehrliche Tat.

Wenn ich mich mit dem Aufstand beschäftigen, darf ich an traurige Erscheinungen in unserem Oberschlesienland nicht vorbeigehen; ich darf es als Katholik nicht tun.

Katholische Geiseln polnischer Gesinnung haben den Aufstand mit all seinen traurigen moralischen Folgen nicht nur gebilligt, es haben sich einzelne sogar aktiv an ihm beteiligt. Ich meine es eine traurige Geistesverwirrung, die in ober-schlesischen Wäldern letzten Endes schwere Folgen zeitigen wird.

Die Nation, die die Religion für nationalistiche Zwecke mißbraucht, tritt durch ihre Vertreter alle Grundsätze der Moral und der Religion in den Schmutz. Die Folgen werden nicht ausbleiben.

Und nun zum Schluß ein Wort der Mahnung:

lassen wir uns, auch wenn unser Innerstes ob der verschiedenen Behandlung des deutschen und polnischen Volkes leidet, auch wenn wir empört darüber sind, daß es zwar hier in Gleiwitz einen Belagerungszustand gibt, daß dieser aber, obwohl verhängt, auf den Dörfern nicht zur Durchführung gelangt, lassen wir uns, sage ich, nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen.

Allerdings muß die französische Besatzung wissen, daß ein Volk, wenn es sieht, daß es geradezu unbeschädigt nur dieser Soldaten ausgesetzt ist, eines Tages sich nicht mehr bezähmen kann.

Deshalb mögen auch die französischen Führer ihrerseits zur Beruhigung das Nötige beitragen.“

Was Herr Raffante gesagt hat, ist, so schreibt weiter die „Schlesische Volkszeitung“, reine, schneidende Wahrheit. Warum ist der französische Militär so erboht darüber? Weil er weiß, daß alles wahr ist und logisch, und die Franzosen im Innern sind, ohne es abzugeben zu können? Jener soll nur seinen Militarismus auf die Spitze treiben und unseren Führer Hofkammer vor sein Kriegsgericht stellen! Raffantes Stimme wird weiter bringen und mächtiger sein, als die namenlosen polnischen Kommandanten. Was Raffante während des Aufstandes in der „Schlesischen Volkszeitung“ schrieb, diese wunderliche Anklage eines Oberschlesiers hat nicht nur ihre Stunde durch die deutschen Zeitungen gemacht, sie ist auch im Ausland vernommen worden.

**Detektiv „Lux“**  
DRESDEN-A., Ringstr. 14 (Kassio König) Fernruf 10 387  
Altrenommierte Firma für zuverlässige Ermittlungen, Beobachtungen und Beschaffung von Beweismaterial.

### Brief aus der Südlautz

Den 22. Juli.  
Heute wird es freilich nur ein Brieflein werden, denn diesmal ist es fast wie sonstig manchmal in den Herbstberichten: Lage unverändert. Da die eindruckende Sommerferien schon sind ist? Ich weiß es nicht. Aber sicher hat dortende Sommerferien verlangt, daß allenthalben auf den Feldern lange Spaziergänge unternommen sind. Die Erde ist in vollem Gange und verdirbt dem fleißigen Landmann reichen Lohn für treue Arbeit. Die anwachsende Regenzeit ist aber freilich für Sturmen, Nies und Hagelstürme eine Gefahr, zumal kühler, strenger Wind ankündende Wetterverhältnisse in kurzer Zeit wieder vertreibt. Die große Dürre hat es auch begünstigt, daß im Westende auf Meissener Gebiet eine junge Rechtenjochung durch Feuer in kurzer Zeit zerstört wurde. Nachdem am Freitag vormittag die letzten Feuerwehmannschaften eingerückt waren, ist am Dienstag nachmittag das Feuer erneut entzündet und nur durch tatkräftiges Eingreifen der Feuerwehr der Nachschubverhältnisse und der Landwehr konnte enorme Gefahr für angrenzenden Sechswald beseitigt werden.

Das Waldgebiet Döbn, das nun schon elf Jahre besteht, hat auch in diesem Jahre wieder beachtliche Erfolge zu buchen. Die Leitung ist unabhängig bemüht, auch unter den schwierigen Gegenwärtverhältnissen, den künstlerischen Auf zu wehren und zu heben. Am Sonntag wurde das Dialektwoortfest des Meißener Dichters Wilhelm Reichels „Aus der Franzosenzeit“ durch die dortige Spielvereinigung „Thalia“ aufgeführt. Die bewährten Spieler erzielten vor den nach Tausenden zählenden Zuhörern einen vollen Erfolg.

Die „Höhere Weibschule“ in Ritzau soll in Zukunft den Namen „Höhere Fachschule für Textindustrialie“ erhalten. Vor Beendigung des 16. Lebensjahres sollen in allgemeinen keine Schüler aufgenommen werden. Am Weibschulle sind Voranschläge einzurichten; am Ende der Schulzeit sind Abkürzungen einzuführen. Die Schulgebäude sollen von März 1922 an folgendermaßen festgelegt werden: Die Ritzauer 600 Mark, die Schüler aus dem Handelskammerbezirk 150 Mark, für Schüler aus dem übrigen Deutschland 100 Mark, für außerdeutsche Schüler 1000 Mark in Gold. Deutschstämmiger des früheren Österreichischen Staates gelten als Deutsche.

Damit der Brief nicht auch zu mager wird, will ich die Gelegenheit benutzen und noch Einzelnes von jenseits der Grenze berichten. Dort hängt man jetzt in der Zeit der Not — die drüben ebenso groß ist wie haben — an, was zu werden und zu rufen für den „schleichenden Kulturkampf“. Nach dem glänzenden verlaufenen Katholikentag in Georgswalde (siehe Sächs. Volkszeitg. Nr. 100 vom 14. Juli) wurde am Sonntag den 17. Juli ein ebenso glänzender in Malveran bei Friedland abge-

halten. Der Jubel aus der Jugend — auch Sachsen und Preußen waren zahlreich vertreten — war sehr stark, so daß um 8.30 Uhr gegen 400 zum Festzuge antreten konnten. Anschließend wurde eine „Rehmesse“ gefeiert und von einem hochw. Herrn aus Reichenberg die Festpredigt gehalten. In der Turnhalle und einem großen großen Saale saßen und standen nachmittags um 3 Uhr Kopf an Kopf die zahlreichen Zuhörer aller Stände. Exzellenz Graf Glam-Wallas mit präulischen Tochter aus Friedland, zahlreiche geistliche Herren, Studenten, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter — kurz Männer und Frauen, Jungmänner und Mädchen aller Stände eng umschlungen durch das eine Land des einzigen Glaubens und bewegt von einem Gedanken, Regeneration zu schaffen und Aufzuehrung und Vererbung zu empfangen. Es sprachen abwechselnd in beiden Versammlungen der Abordnete Böhr über „Katholische Kirche und Caritas“, Frau Rüh über „Erziehungserfolge“, Ingenieur Poppe über „Jugendbewegung“ und Professor Zingl über „Wiedererleben in Staat, Land und Familie“. Stürmischer Beifall lobte die trefflichen Redner für ihre Darstellungen. Ganz besonders beachtet so die zweite Rednerin, durch ihren sehr durchdringenden, stilistisch formvollendeten Vortrag die Anwesenden zu entzückenden Entzücken für die funktionelle Schule zu begeistern. Nicht interessant waren auch die Mitteilungen über den Verfall des sozialdemokratischen „Vorwärts“ in Reichenberg, der von den norddeutschen Katholikentagen berichtete, daß die Zahl der Teilnehmer erstickend groß sei und daß man bedauerlicherweise in 80 Prozent der Teilnehmer Arbeiter erkennen! Aus recht diese Feststellung und wie verpöhlen die Erregung des „Vorwärts“, wenn sie auch falsch ist zu der neuen Form ihrer abendlichen Programm hat, wonach die Politik noch immer Personalische nicht Parteiliche und Staatsfische sein soll! Es scheint fast, als wenn die Arbeiterchaft in „Eigenschaftliche Tschöchen“, wo außer politischen Gegenständen auch noch die nationalpolitischen so hart aufeinanderwachen, eher einsehen werden, wozu der sozialistisch-fremdenartige Wahn führt, obgleich man drüben den Nationalunterricht an letzter Stelle (!) des Stundenplans dardet, während man bei uns denselben schon ganz zu verbieten wagte. Hoffen wir auch für unsere irragenerischen Paken baldige Erkenntnis! Angenehm verblühte auch, daß auf die Notwendigkeit des Schwerebens wahren Arbeitethoren und Arbeitethoren, Bekämpfenden und Nichtbekämpfenden, Gebildeten und Anstehen Leuten so ausführlich eingeordnet wurde. Wähen die Anwesenden in die Tat umgesetzt werden, dann würden unglückliche Schwierigkeiten leicht überwinden werden! Während die Einzelnen sich noch an einem gemütlichen Konnerz verhaltenen, wanderten wir Zuhörer durch reifende Redner in toller Abendstunde der Heimat zu, in dem frohen Bewußtsein, daß auch jenseits der Grenzfläche warme Herzen für unsere hohen, fleißigen Ideale schlagen.

### Kunst und Wissenschaft

#### Nochmals die kirchliche Kunstausstellung in Münster

Aus Münster erhalten wir folgende Zuschrift:  
In den Tageszeitungen der letzten Wochen war diese Ausstellung für moderne Kirchenkunst viel besprochen, auch in Nr. 102 der „Sächsischen Volkszeitung“. Die „Germania“ machte gar in fettem Druck die eigenartige Heberchrift sie so in Münster in Weßfalen“ veranstaltet worden. Ein wichtiger Druckfehler, doch voll von Sinnlichkeit für die moderne, christliche Kunst, als ob sie als rücksichtslose Welterkennung aus Gerechtigkeit nur gar auch die geographischen Namen zu gieren und umwerten wolle.

Der Artikel in Nr. 102 kann man sehr leicht einen solchen Eindruck bei dem erwarten, der nicht Jense jener Wertschätzung und der dadurch veranlaßten Verurteilungen war. Wenn sie bedeutet in der Tat einen „Verdruß und Kampfruf“. Das ist ihr positiver Erfolg; aber sie ist in Wirklichkeit ein Appell zur Wachsamkeit und verständigen Aufklärung solcher Erzeugnisse, die unter dem Namen der kirchlichen Kunst in die Gotteshäuser Einlaß begehren. Denn der gläubigkeitsfreundliche Christ, dem seit Jahrhunderten an das „senile und sterile“ innerliche Leben und Denken geworden ist, muß in diese Ausstellung in der hoffnungsreichen Absicht, sich dort an echter, schöner, kirchlicher Kunst zu erbauen und zu begeistern. Aber sein Innerstes blieb kalt, verpöhte im Gegenteil bei lauem geredem Verdrachten nur eine herbe Verleugung seines religiösen Denkens und fühlenden Herzes. „Tann wärdte sich der Herr mit Grausen!“

Gewiß fanden sich darin auch fleißige, herrliche Arbeiten in der Paramentik, wie sie vor allem der tüchtige Paramentierverein von St. Johann in Osnabrück geliefert hat, wie auch in edlen Altargefäßen, die aus Entwürfen religiöser Kunstwerkstätten hervorgegangen sind. Aber wenn ein holzartiges Gebilde die Heberschrift „Pietä“ trägt, weil man sonst nicht wüßte, was diese edlige Masse auf dem Sockel soll — wenn ein rotes Pfingstlilienband nach dem sachlichen Urteil des Kunstverständigen Konstruktions eines deutschen Tagesmuseums den Verstand höchstens wie ein Alltagsgegenstand eines indischen Feuerangehörigen ähneln, wenn die Aufzeichnung des Lazarus“ oder die „Kreuzerhebung Christi“ ohne die beizufälligen Titel allenfalls nur an die lebenswahren Feldflagen des bekannten Kriegsgeheimnisses Heilr Schwarmhüt in der „Leipziger illustrierten Zeitung“ auf der Großausstellung an der französischen Front, an die allerersehende und vergerende Wirkung eines Volkstreffers erinnern — wenn der nüchtern und weltlich-kroden urteilende Blick der Münsteraner die neue Färbung von „Jungfrau“ oder vom



### Die Neuregelung der Angestelltenversicherung

Die Neuregelung der Angestelltenversicherung ist eine wichtige Angelegenheit, die in dem Wust der Vorläufe usw. ihre letzte Gestalt gefunden hat. Am 2. Juli d. J. erfolgte der Reichstag nur einen einzigen Tag der gestauten Verhandlungen. Mit dem weitestgehenden Teil der Abänderungsvorschläge wird sich der Reichstag im Herbst dieses Jahres befassen. Vom 1. August d. J. an schließt sich die Grenze der Versicherungsspflicht von 15 000 Mark auf 30 000 Mark. Es bleiben zwar einerseits die alten Beiträge bestehen, aber andererseits sind auch drei neue Beitragsklassen geschaffen worden, wie aus folgender Tabelle hervorgeht: Klasse I mit nicht mehr als 5000 Mark bis 10 000 Mark Einkommen (33,20 Mark Monatsbeitrag); Klasse II mit mehr als 10 000 Mark bis 15 000 Mark Einkommen (40 Mark Monatsbeitrag); und Klasse III mit mehr als 15 000 Mark Einkommen (48 Mark Monatsbeitrag). Die gegenwärtig laufenden Steuern wurden mit Wirkung ab 1. Januar d. J. für Arbeitgeberempfänger um 70 Mark monatlich, für Arbeitnehmer um 55 Mark monatlich erhöht. Zur Erhebung dieser Beiträge bedarf es keines besonderen Antrages.

Die einschränkenden Bestimmungen der §§ 131, Absatz 3 und 132, Absatz 1, durch welche die Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen werden, wurden aufgehoben. Für diejenigen, die in der neu beschriebenen Versicherungsversicherung für Angestellte mit der Maßgabe entsprechend Anwendung, daß die Beiträge innerhalb eines bestimmten Zeitraumes geleistet werden, vom Austritt dieses Gesetzes ab laufen. Im Zukunft soll es nicht mehr zulässig sein, die Schaffung der Anwartschaft zur Beitragszahlung zu beantragen, was namentlich für die Ehefrauen in Frage kommt, die infolge der Lebensversicherung der Ehefrau aus der Versicherungsversicherung ausgeschlossen waren. Die Zahlung einer sogenannten Anwartschaftsbüchse gemäß § 15 dieses Gesetzes wird daher nicht mehr zulässig sein.

Die Behörden der Angestelltenversicherung haben bisher auf dem Standpunkte gestanden, daß solche Angestellte, die auf Grund eines Lebensversicherungsvertrages nach § 390 des Versicherungs-Gesetzes für Angestellte von der eigenen Beitragsleistung befreit sind, nach ihrem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung freiwillige Beiträge nur in halber Höhe entrichten dürfen. Eine kürzlich vom Oberlandesgericht für Angestelltenversicherung getroffene Entscheidung ändert diesen Standpunkt. Hiernach sind von der eigenen Beitragsleistung befreite Versicherer nach dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung berechtigt, freiwillige Beiträge in voller Höhe bis zu der Höchstklasse zu zahlen, die dem Durchschnitt der letzten sechs Pflichtbeitragsklassen entspricht, aber am nächsten kommt. Es ist Angestellten sogar zu empfehlen, nicht halbe, sondern volle Beiträge zu zahlen, da noch ungenügend darüber entschieden worden ist, ob die Zahlung halber Beiträge während der freiwilligen Versicherung zur Erhaltung der Anwartschaft genügt. Im Zweifel ist es für Angestellte zu empfehlen, Einzahlungen bei den Versicherungsmännern der Angestelltenversicherung, beim Versicherungsamt oder beim Rentenausschuss der Angestelltenversicherung in Berlin-Wilmersdorf einzutragen.

Die Neuregelung der Angestelltenversicherung hat zu lebhaften Erörterungen in der Tages- und Abendpresse Veranlassung gegeben. In der links stehenden Presse wird darauf hingewiesen, daß die Einnahmen der Angestelltenversicherung jetzt wieder zurückgehen (siehe Nr. 10). Für das Halbjahr wurden im ersten Viertel dieses Jahres etwa über 10 Millionen Mark bewilligt, von denen 8,5 bereits gezahlt sind. Im Vorjahre waren im derselben Zeit 8,5 Millionen Mark bewilligt worden.

Die „Sächsische Volkszeitung“ veröffentlichte am 20. Juni dieses Jahres eine Note („Was ist und die Angestelltenversicherung?“), in der darauf verwiesen wird, daß der Reichstag die Gehaltserhöhung auf das fünfeinhalbfache der Friedensgehälter eingeleitet hat. Das mag für die niederen und mittleren Angestelltenkreise zutreffen, gilt aber nicht für diejenigen, die schon im Frieden ein Jahreseinkommen von 5000 Mark bezogen. Diese müssen sich heute durchweg mit dem vierfachen ihres Friedens Einkommens begnügen, denn die Gehaltserhöhung ist keineswegs allen Angestellten gleichmäßig zugute gekommen, sondern die unteren und mittleren Kreise haben eine erheblich stärkere Steigerung durchgelebt als die höher einwirkenden. Wollte man denjenigen Personenkreis in der Angestelltenversicherung erhalten, der ihr 1911 innehatte, so hätte über 20 000 Mark nicht hinweggegangen werden dürfen. Zudem das Gesetz auf 30 000

in finanziellen Kisten befinden, muß und wird von der Angestelltenversicherung mit Energie abgewehrt werden. Sie hat die Opfer der höheren Beiträge und der geschäftlichen Wertigkeit nicht dazu gebracht, daß sie jetzt den Landesversicherungsanstalten zugute kommen sollen. Die Reichsregierung der Angestellten bezieht, wie der Arbeiter zahlenmäßig nachweis, auf durchaus gesunder Grundlage und muß selbständig bleiben, wenn sie für die Angestellten wirklich eine Sicherheit in Tagen des Alters und für die Hinterbliebenen bedeuten soll.

Man mag sich zu den Ausführungen des Herrn Oerig stellen wie man will, ob aber die Ausdehnung der Versicherungs-pflicht bis zu 40 000 Mark berechtigt ist, darf doch sehr bezweifelt werden. Der Angestelltenversicherung gereicht es nicht zum Vorteil, wenn Kreise von ihr erfasst werden, die aus mancherlei Gründen in diese Versicherung nicht hineingehören.

Wie sehr übrigens die Ansichten auseinandergehen, ist auch aus einem längeren Artikel in der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 320 vom 15. Juli), von Dr. Otto Wehling verfaßt, zu ersehen. Er kommt hierbei u. a. auch auf die Gehaltserhöhung.

## Nur ein Ziel

steht heute jedem Patriot vor Augen: das unglückliche deutsche Vaterland wieder in geordnete Verhältnisse zu bringen. Um das zu erreichen, wird jeder kluge Politiker versuchen, unter Beseligung alles Trennenden das Einigende möglichst stark zu betonen. Millionen deutscher Männer und Frauen wissen bestimmt, daß eine Aenderung der augenblicklichen Verhältnisse nicht nur durch wirtschaftliche Maßnahmen, sondern vor allem durch die Verwirklichung des christlichen Kulturideals im öffentlichen und privaten Leben erzielt wird. Es gilt Anhänger zu werben für diese große Idee, soll sie schnell ihrer Verwirklichung entgegengeführt werden. Das beste Agitationsmittel ist die Presse. Werbe daher jeder für seine Zeitung! Stets ist die Sächsische Volkszeitung unentwegt und unerschrocken für die Verwirklichung des christlichen Kulturideals im öffentlichen und privaten Leben eingetreten. Man werbe daher für die Sächsische Volkszeitung in seinem Freundes- und Bekanntenkreise, bei seinen Gesinnungsgenossen. Wenn jeder Leser der Sächsischen Volkszeitung nur einen neuen Bezieher gewinnt, so ist der von uns vertretenen großen Idee der beste Dienst geleistet.

hältnisse der Angestellten zu sprechen und bemerkt, daß man bei der Begründung der Deckung der Versicherungsbeiträge davon ausgegangen sei, daß allgemein eine Gehaltserhöhung auf das fünfeinhalbfache der Friedensgehälter eingeleitet sei. Das mag für die niederen und mittleren Angestelltenkreise zutreffen, gilt aber nicht für diejenigen, die schon im Frieden ein Jahreseinkommen von 5000 Mark bezogen. Diese müssen sich heute durchweg mit dem vierfachen ihres Friedens Einkommens begnügen, denn die Gehaltserhöhung ist keineswegs allen Angestellten gleichmäßig zugute gekommen, sondern die unteren und mittleren Kreise haben eine erheblich stärkere Steigerung durchgelebt als die höher einwirkenden. Wollte man denjenigen Personenkreis in der Angestelltenversicherung erhalten, der ihr 1911 innehatte, so hätte über 20 000 Mark nicht hinweggegangen werden dürfen. Zudem das Gesetz auf 30 000

Mark geht, erweitert es den Kreis der Versicherungs-pflichtigen um Angestelltenkreise, für die die Angestelltenversicherung nicht bestimmt ist, die ihrer nicht bedürfen und sie, was besonders beirrt werden muß, auch nicht aushalten.

Man muß Herrn Dr. Wehling darin beistimmen, daß die Erhöhung des Einkommens der besser entlohnenden Angestellten nicht Schritt gehalten hat mit der Erhöhung der Arbeiterlöhne. Die großen und ganzen sind aber überhaupt heute die meisten Angestellten gegenüber den Arbeitern verhältnismäßig schlechter gestellt wie im Frieden. Das Ansehen, das die Kaufkraft der Mark sich wieder erhöhen und die wegen der Entwertung der Mark Kauf ausbleibenden jüngeren Schichten wieder zurückgehen werden, tritt die Bedrohung der „Arbeitslosen-Liste“ entgegen, indem sie erklärt, daß zum mindesten für absehbare Zeit diese Annahme des Fortschritts irra sein dürfte.

Von der außerordentlichen Erhöhung der Beiträge bis herauf zu fast 100 Mark hat man einseitigen vorschläge nach Rücksicht genommen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden; unsere Zeit ist ja sehr reich an Hebereschungen. Die Angestellten müssen mit dafür sorgen, daß das Angestelltenversicherungsgesetz nicht zum Herabbild gehalten wird und daß die großen Hoffnungen und berechtigten Erwartungen, mit denen die Angestellten dem Anlebensleben und der Auswirkung dieses Gesetzes entgegenstehen, nicht vernichtet werden. Seien wir auf dem Festen und bereit, mitzuarbeiten an einer Gestaltung dieses Gesetzes, die der berechtigten Wünschen der Angestellten Rechnung trägt.

Eine große Rolle bei der Neuregelung der Angestelltenversicherung spielt auch, wieder die sogenannte Ersparnisversicherung. Ist eine solche abgeschlossen, so zahlt der Angestellte keine Beiträge, wohl aber hat der Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge zu zahlen, wofür dann dem Angestellten die Hälfte der Leistungen des Gesetzes aufzählen. Die Lebensversicherungsgesellschaften haben und geben sich stets die größte Mühe, den Angestellten glaubhaft zu machen, daß sie sich beim Abschluß einer Lebensversicherung besser stellen. Das hierbei die Frage mitunter etwas sehr hart aufgetragen wird, versteht sich am Bande; Vorsicht ist jedenfalls am Platze und die Beurteilung, was nun jeweils empfehlenswerter ist, hängt von dem in Frage kommenden Falle ab. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA) weist darauf hin, daß bei der erfolgten Neuordnung der Angestelltenversicherungsgesetzes der Reichstag übersehen hat, daß bisher eine ganz erhebliche Anzahl der Angestellten, deren Gehälter infolge der Geldentwertung gestiegen waren und daher eine Lebensversicherung abgeschlossen haben, also nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen doppelt versichert sind. Nach § 390 des Angestelltenversicherungsgesetzes können aber nur diejenigen von der Versicherungs-pflicht befreit werden, die ihre Lebensversicherung bereits vor dem 5. Dezember 1911 abgeschlossen oder beim Eintreten in die versicherungspflichtige Beschäftigung das 21. Lebensjahr überschritten haben und seit mindestens drei Jahren bei einer Lebensversicherung versichert sind. Diese Bestimmungen sind nicht abgeändert worden und deshalb wird für viele Angestellte ab 1. August 1921 eine doppelte Beitragszahlung eintreten. Sie müssen die Hälfte für die Lebensversicherung und gleichzeitig die Beiträge für die Angestelltenversicherung entrichten. Allerdings ist anzunehmen, daß dieser Zustand nur kurze Zeit dauern wird, da der letzte Ausschuss bereits acht Tage vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages seine Tagungen wieder aufnimmt und voraussichtlich die Unstimmigkeiten beseitigen wird.

Das wird die einzige Unstimmigkeit nicht sein, die sich herausstellt, denn bei der Schnelligkeit, mit der heute die Gesetzesmacherei betrieben wird, sind Hebereschungen nicht ausgeschlossen. Um so mehr müssen die Angestellten sich um alle diese Neuerungen kümmern, Schädigungen abwehren und einen gesunden Ausweg des Gesetzes zu erreichen versuchen.

Georg Schneider, Leipzig.

**Kaffee**  
Großrösterei  
Kaffee-, Tee- und Kakao-Handlung  
**Alfred Klemm, Dresden, Webergasse, Ecke Wallstr.**  
Telephon 22929 418  
empfiehlt feinste Mischungen  
Kaffee-Niederlagen durch Plakate kenntlich.

Wesensverem in Rheina seit Jahrhunderten nicht anders als die „Erosionsfahne“ charakterisieren kann, so ist damit der Erfolg ihrer Kunst und der Wuchst solcher „Andachtsbilder“ objektiv gekennzeichnet.

Hat schon die Kunst an sich die hehre Aufgabe, ein so wichtiges, wesentlicher Faktor der Kulturbildung und Volksbildung zu sein, so eignet gar der kirchlichen Kunst der noch höhere Zweck zu erheben, zu trösten, zu veredeln, seelisch zu heben, vor allem „die Armen im Geiste“. Eine kirchliche Kunst aber, die das Gegenteil ergibt, ist des kirchlichen Namens und Zweckes nicht würdig. Man muß inmerhin annehmen, daß die Künstler dieser modernen, expressionistischen Kirchenkunst es mit ihrem Werk ernst meinen. Aber was sie bieten, ist nur die von ihnen allein verstandene Idee, weshalb sie sich auch selbst genötigt sehen, unter jeder ihrer Schöpfungen erst den Titel zu hängen, ist ihre persönliche Schwärmerei und rein egoistischer Natur, aber für andere sind solche Werke eine pietätlose Entwürdigung erbäuerer, biblischer Szenen und eine rücksichtslose Verletzung des religiösen Empfindens. „Es ist Tröster, der Brutalität und Unverständlichkeit als Gesichtsbedeutung aufzuweisen will“, hat ein sinnvoller Kenner gerügt: über die mütterliche Kunststellung.

Wollte aber sollte ein Künstler, der ein expressionistisches Werk ausführt, wirklich nicht seinen Eigenwillen, sondern die Zielvorgabe zeigen und das liebe Volk nicht vom heiligen Geheimnis abziehen durch den von ihm erzwungenen Anblick eines expressionistischen Karrenleides, das er gerade an den Hochzeiten des Kirchenjahres anlegt. Expressionistische „Kunst“ im Gotteshaus ist ein widerwärtiger Schlag in das Antlitz des katholischen Volkes. Wäre man imstande, solche moderne Tadelstellungen anzunehmen in das Reich der Däne zu übertragen, so könnte auch der schickliche Freund Wegerscher Kompositionen in solcher Kunst kein zulässige Kunstform mehr erkennen.

Ja, die kirchliche Kunstausstellung in Münster hat einen kontroversen positiven Erfolg gezeigt; sie brachte in Wirklichkeit „eine propagandistische Wirkung“ hervor von ausdauernder Wert, eine unvergleichliche, nachhaltige Warnung an den Kunstschaffenden und die Freunde wahrer, erprobter Kirchenkunst, solchen biblischen Verzerrungen moderner Geschmacklosigkeit mit größter Zurückhaltung zu begegnen und in Kirche, Schule, Haus und Verein die erhabene Kunst vorzüglicher Jahrhunderte eifrig und treu zu pflegen und zu bewahren, „damit Gott in allem verherrlicht werde!“

### Die Rolle der Göttergötter in Danes „Göttlicher Komödie“

Von Dr. Max Fischer, Frankfurt a. M.  
Bei der Wanderung durch die Götter, die eine Dante in seiner „Divina Commedia“ geschildert hat, ist eine Gestalt zunächst auffällig, unsere Verwunderung herbeizurufen, weil sie sich beim ersten Eindringen in das Weltbild Danes nicht eingetragenen scheint.

Wenn in dieser planvollen und sorgfältig geordneten Welt, in diesem Versuch, selbst das Reich der Ewigkeit in klarer Architektur aufzuzeigen, nach Fortuna, die Göttin des Glückes, die Laune und Unberechenbare, wie die Gestalt einer anderen irdischen Welt erscheinen. Ihre Handeln, das Willkür ist, wirkt in dem ästhetischen Aufbau des Kosmos, den Dante darzustellen versucht, zunächst als Fremdkörper, der in ihm keinen Raum hat. Dennoch von allem Wesen, aller Planmäßigkeit und Beständigkeit, sprunghaft und ohne durchsichtbare Motive, waltet sie mit schrankenloser Macht (Zuf. 7, 79-87).

Von Volk zu Volk, von dem zu jenem Plat, Das Menschliche Wunsch zum Fortschritt nugsends danach, Wohl rathlos wandern sie das stille Gut.  
Es herrscht ein Volk, ein andres front ihm trauernd,  
— Gemäß dem Urteil, das Fortuna spricht, Gleich einer Zählung unterm Geiste lauernd.  
Lohnschaden gegen sie ist des Verdammtes Licht.  
In ihrem Reiche, frei gleich einem Gotte, Erkennt, verflücht, vollzieht sie das Gericht. \*)

Wir der Schöpfung dieser mythischen Gestalt bekennt sich Dante zu der Heberzeugung, daß die Geschichte unseres irdischen Daseins irrational verläuft, daß die Weltgeschichte nicht das Weltgericht ist. Ist eine solche Auffassung, die für den Athosismus, der das Volk einer planmäßigen Vorhersage leugnet, nicht nur ein Hindernis, sondern ein Hindernis, denn alles von Gottlichkeit erfüllt durch, widerspricht es, im Rahmen eines theistischen Weltbildes wie Dante es versteht, möglich?

Der Begriff des Zufalls liegt den Gegensatz zur Planmäßigkeit und Bestimmtheit voraus. Nur wenn ich die Dauer des menschlichen und Ganzheitlichen erlebt habe, ist mit der Erkenntnis des Zufalls, seine Unmöglichkeit und Unberechenbarkeit, begriffbar. Erst in einem Weltbilde, das planvolle Wirklichkeit anerkennt, wird der Zufall zum hinterfüllen Begriff, dessen er als der Zufriedenheit empfunden, der den Sinn und den Umfang der Welt beinhalten. Fortuna hat ihre Wirkungs-möglichkeiten auf dieser Erde und vor allem in den Niederungen der Hölle, wo die nicht in die aufstrebende Seelenentw-icklung und in die communis sanctorum eingeschlagen Wesen erbar-mungelos ihrem Willkürregiment unterworfen sind.

Der Theist, der von der Allmacht Gottes überzeugt ist, muß annehmen, daß Gott innerhalb des geordneten Kosmos eine Sphäre des Chaotischen zugelassen hat. Er kann nicht mit den Weisheiten zu der einfachen Meinung gelangen, daß hier zwei feindliche metaphysische Prinzipien von Ewigkeit zu Ewigkeit miteinander im Kampfe liegen; er kann nicht mit den Platonikern das Reich des Zufalls als das Reich der Materie denken, daß von dem Reiche der Geistlichen Idee, überwunden werden muß. Er sieht sich vielmehr zu der Heberzeugung genötigt, daß

\*) Aus der eigen Danes-Übertragung des Verfassers.

auch das Wirkungsbereich der Fortuna von Gott komme, der es grundsätzlich auch vernichten könnte, sofern die Willkür, die er ihr in seinem Weltentwurf angeschlossen hat, einmal erfüllt sein sollte. Der Theist muß Gott auch als den Schöpfer des Irrationalen annehmen, muß Fortuna, die Chaotikerin, wie Dante es tut (Zuf. 7, 78), als „Gottes Schaffnerin“ anerkennen. Das hat Konsequenzen, die sich nicht etwa aus profan philosophischen Voraussetzungen ergeben, sondern aus laicem philosophischen Durchdenken der Probleme und zu denen von ganz anderen Voraussetzungen als die mittelalterlichen Denker und Dichter auch moderne Philosophen, wie zum Beispiel Hans Reisch (Wissenschaftstheorie Seite 842 ff.) gelangt sind.

Deshalb hat die laicistische Göttergötter, wenn sie sich nur in den niederen Sphären bewegt, ihren Wohnort in höheren Licht des Himmels.\*\*) Mit der jüdischen Genese einer leidenschaftlichen Welt, fast ästhetisch, wie die Genese, welche die Vergewaltigung, den Hohn und die Wut der Vergewaltigten herbeiführt, die den Sinn ihres Lebens in den Bereich der Fortuna verankern. Der religiöse Mensch, der nicht nach dem Vergänglichem, sondern nach dem Ewigen, nicht nach den Gütern des Glückes, sondern der Gnade strebt, bedeutet der Zufall keine Macht; über dem Vorden dieser Erde, in den Höhen der Hölle und im Paradies, in Fortuna gänzlich wirkungslos. Gott hat Fortuna wirken lassen aus ethischen Gründen; von dem unsterblichen und wandelbaren Wesen des Reichthums und des Geldganges soll sie die Seele des Menschen zu den unvernünftigen Höhen erheben. Wer dieser Mahnung folgt, entzieht ihrem Reiz in das Reich der Freiheit; wer im Reichen verbleibt, muß leiden unter ihrer qualvollen Tyrannie. Wir treffen auf einen Grundgedanken des Daneschen Epos: Der Kosmos macht frei; das Chaos knechtet.\*\*\*)

Wird aber durch Danes Auffassung auch das Wirken der Fortuna als eine Einschränkung bezeichnet, die wieder vernichtet werden soll? Soll das Irrationale wieder aus Gottes Schöpfungs aufgelöst werden, um ganz der Ordnung der höheren Welten zu weichen? Solche Konsequenzen, die man gelegentlich an dieses metaphysische Verhältnis anknüpfen hat, liegen jedenfalls nicht im Rahmen des Daneschen Weltbildes. Denn da Dante gemäß der kirchlichen Lehre die Ewigkeit der Hölle „strafen“ annimmt, da ihm die Grausamkeit und Trostlosigkeit der Hölle ein notwendiger Bestandteil der vollkommenen göttlichen Schöpfung ist, so muß auch Fortuna für ihn als Intenierens der Weltordnung betrachtet werden. Auch in allen künftigen Zeiten wird Fortuna in schaffender Willkür ihre goldene Regel festhalten vor den Verdammten, während sie an die Seele der sich Läuternden und der seligen Wesen nie zu rühren vermag.

\*\*) Darauf hat besonders nachdrücklich Fritz Kern in seiner wertvollen Studie „Summa Civitas“ (Leipzig 1913) hingewiesen.

\*\*\*) Vergleiche des Verfassers Schrift „Das Weltbild Danes“ (Mann, 1921), Matthias-Grunewald-Verlag.



Annahme verzinslicher Beteiligungen.  
An- und Verkauf von Wertpapieren.  
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.  
An- u. Verkauf fremder Goldsorten.  
Scheckverkehr.

# Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

[200]

Ostra-Allee 9 im „Haus der Kaufmannschaft“ — Schlachthofring 7  
Wettinerstr. 56, Hauptmarkthalle — Eliasplatz 3 — Kaiserstr. 11

Einziehung u. Ankauf von Wechseln.  
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.  
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren Stahlbüchern unter Verschluss des Mieters und Mietverschluss der Bank.

Wo speist man anerkannt gut und billig?

## Im Fischhaus

Dresden, Große Brüdergasse 17  
Stimmung! Künstler-Kapelle Kawal! Humor!  
Mustergültig gepflegte Felsenkeller- und Rizzi-Biere, sowie erstklassige Weine

feinbäckerei und Konditorei  
Dresden-A. Otto Frenzel Borsbergstr. 25  
Fernsprecher 30322  
empfiehlt seine bekannt vorzüglichen  
Bak- und Konditoreiwaren jeder Art

## AUSFLÜGE REISE

für warme und kalte Getränke . . . Thermoflaschen, Taschenflaschen, Trinkbecher  
für Speisen . . . Frühstücksdosen, Aluminiumdosen mit Glaseinsatz, Reisekocher, Kästen, zusammenlegbar  
zum Ausruhen . . . Hängematte, Liegestühle, Feldstühle

Rucksäcke  
**Gebr. Eberstein**  
Dresden, Altmarkt 7 1402

Plattenloser Zahnersatz  
schönendste Behandlung

Sprechstunde  
erklärt  
9-6 Uhr  
sonntags  
10-1 Uhr  
Anmeldung  
erwünscht



**HELLMUTH KÜHLMORGEN**  
ALEX. MÜLLER DR. DENT. ZURG  
DRESDEN-A.  
BEESTRASSE 4 III FAHRSTUHL  
FERNSPRECHER 18214

Fernruf: 15131  
**Glischees**  
Entwürfe-Reisfenster  
Schönwolf & Pfingner  
Dresden-A. Grüne Str. 18-20

**Erdstein** Sonderangebot! **Einkochgläser**  
mundgeblasen und doppelt gekühlt mit Deckel und Gummiring

1/4	1/2	3/4	1 Liter eng
2,00	2,90	2,50	2,75 Mk.
1/2	3/4	1	1 1/2 2 Liter weit
2,65	2,90	—	3,50 3,70 Mk.

mit la rotem Gummiring, eng 40 und weit 50 Pf. mehr  
Bügelfedern, stark, verzinkt, 20 und 25 Pf.  
Restposten C-Gläser mit Deckel und Gummiring, weißes Glas  
1/2 1 1/2 2 Liter  
1,70 2,00 2,95 Mk.

**Donath** Dresden, Dippoldiswaldaer Platz 2  
Haus- und Küchengeräte

**Stadt-Café**  
am Zwinger und Postplatz  
1088 Inhaber: O. Hoffmann

**Dauerwäsche**  
beste Sorte  
**Knoke & Dressler**  
Gummiwarengeschäft  
Dresden, König-Johann-Straße  
Ecke Pirnaischer Platz

## Geschäfts-Anzeiger

**Bautzen**  
Den geehrten Lesern zur gef. Kenntnis, daß ich **An der Petrikirche 4** (altes Seminar) eine **Schuhmacherei** eröffnet habe.  
Indem ich gute Arbeit und solide Preise versichere, bitte ich um gütigen Zuspruch  
**Rich. Schaal.**

**Leipzig**  
Handschuhmacher u. Bandagist  
**Josef Rother**  
Kornmarkt - Ecke, am Theater.

**Dresden**  
Große Möbel-Ausstellung  
Dresden-A., Altmarkt — Herzfeldhaus  
**Preiswerte Ausstattungen**  
**Korb & Co.,** Möbel-Innendekoration

**Gold- und Silberwaren** Fernsprecher 18178  
Reiche Auswahl. — Reparatur und Neuarbeiten.  
**Theodor Scholze,** Schloßstraße 5a.

**Pelzwaren, Hüte, Mützen,** Pelzaufbewahrung.  
**H. Padberg,** Kürschnermstr. u. Mützenmacher.  
Louisenstraße 70, Fernruf 14290.

**Blumen- und Pflanzenhandlung**  
**Marg. Schuster,** Krenkelstr. 24, Fernruf 39880.  
Anfertigung aller Bindereien und Dekorationen.

**Schuhwarenlager**  
**Rudolf Dörschmidt**  
Rosenstraße 29 b Rosenstraße 29 b

**Briefordner-Fabrik Cito**  
und Buchbinderei  
Dresden-A. 1. -> **J. Brendel,** -> Fernspr. 26812  
empfiehlt sich zur Anfertigung aller Buchbinder-Arbeiten.

**Buchbinderei u. Bildereinrahmung**  
**Reinhold Diebner**  
Blasewitz-Dresden, Schillerplatz 10  
Fernsprech-Nebenschluß 81 901  
empfiehlt sich zur Ausführung sämtlicher im Fach schlagenden Arbeiten.

**Malerarbeiten** werden schnellstens und zu mäßigen Preisen ausgeführt. **R. Persch,** Malermeister, Bergmannstraße 11. Fernsprecher 80320.

**Parkettfußboden** Arbeiten aller Art, auch für auswärtig übernimmt  
**Otto Elbinger,** Kantstraße 17. Fernspr. 8292

**Kürschnerei**  
**Joseph Schremmer,** Leipzig, Rudolfsstraße 3  
Neuanfertigung, Reparaturen und Umarbeitung

**Installation elektr. Licht- und Kraftanlagen**  
**Umänderung Beleuchtungskörper**  
von Lampen u. s. w.  
**Rich. Hildebrand Nachf.,** Ing. F. Schiller,  
Laden L-Schleußig, Könnertstr. 6a 62  
Wohnung: L-Gohlis, Briester 35 I. Fernr. Nr.

**Gebrüder Rockmann**  
Leipzig-Reudnitz  
Dresdner Str. 75

**Herren- und Knaben-Konfektion**  
Anfertigung nach Maß

**Buchbinderei von Franz Harmuth**  
Leipzig, Lindenstraße 10,  
Fernsprecher 18715, Wohnung: Thomasstr. 21.

**Kirchenmalerei**  
Weststr. 29 **Heinrich Hinrichs** Fernspr. 11026

**Ostritz**

**Buchbinderei Robert Buder**  
Papier- und Schreibwaren-, Buch- und Musikalienhandlung

**F. Schubert & W. Werner**  
Altstadt-Ostritz  
**Möbel- und Bautischlerei**



## Hermann Görlach

**Mit Automöbelwagen**  
werden Umzüge bis auf 120 km Entfernung, besonders aber nach bergigen Gegenden in wenigen Stunden garantiert schadenfrei ausgeführt.  
**Fordern Sie**  
stets mein Angebot, wenn Sie Möbel in der Stadt oder nach auswärts oder von auswärts nach hier zu transportieren oder in Verwahrung zu geben haben. Bei einwandfreier Bedienung werde ich Ihnen die günstigsten Preise stellen, da ich der Konvention der Möbeltransportgeschäfte nicht angethöre.  
**100 eigene Möbelwagen Eigene Lagerhäuser**

## Gebr. Arnhold, Bankhaus

Konto-Korrent- u. Scheckverkehr  
Errichtung von Einlage-Konten  
Handel in Wertpapieren und Aufbewahrung derselben  
Vermietung von feuer- und diebssicheren Stahlbüchern  
Besondere Abteilung für ausländische Währungen

Dresden-A., Waisenhausstraße 20/22  
Kauptstraße 28 • Chemnitzker Straße 98